

Trotz Wahlniederlagen: Nazi-Angriffe gehen weiter

Bei den Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen haben die rechten Parteien kläglich abgeschnitten. Vor allem ostdeutsche Wähler haben sich nicht von ihnen einfangen lassen. Die Wahlen waren „Protestwahlen“. Aber mit der Stärkung der PDS und der SPD im Osten sowie der GRÜNEN im Westen haben die WählerInnen gegen sozialen Kahlschlag und Arbeitslosigkeit protestiert und nicht aus „Protest“ auf den Schwächeren herumgehakt.

Claus Ludwig, Köln

Wahlniederlage und weniger Medienberichte über Nazi-Übergriffe: Sind die Faschisten auf dem Rückzug?

Nein. Denn die Angriffe gehen weiter, nur „gewöhnlich“ sich vor allem die Medien daran. Allein im Mai gab es 244 offiziell registrierte rechte Straftaten, Magdeburg war keine Ausnahme. Anfang Juli trafen sich 900 Neonazis unbehelligt zu einem Konzert im brandenburgischen Rüdersdorf. Zwei der Nazis von Magdeburg wurden Mitte Juli wieder beim Zusammenschlagen eines Menschen erwischt.

Staatlicher Rechtsruck

Selbst eingefleischte Rassisten werden ihre wahre Freude daran haben, wie die Polizei mit Ausländern umgeht. In Hannover wurde der 16jährige Kurde Halim Dener erschossen, weil er Plakate klebte, in Bernau und Berlin wurden Vietnamesen in Polizeihaft mißhandelt und vergewaltigt.

Während Nazis nach wie vor milde Urteile bekommen, werden drastische Strafen gegen Ausländer verhängt. Ein Kurde hatte bei einer Autobahnblockade mit Benzin gefüllte Flaschen im Kofferraum –

und bekam, ohne sie einzusetzen, drei Jahre ohne Bewährung wegen „Landfriedensbruch“ und „Verstoß gegen das Waffengesetz“. Nazis, die sich wegen Brandstiftung und versuchtem Mord schuldig gemacht haben, bekommen in der Regel niedrigere Strafen.

Die Verbindungen zwischen der bürgerlichen Rechten, dem konservativen Rand von CDU/CSU und den offenen Faschisten werden enger geknüpft. Das zeigt die Affäre um den Berliner Innensenator Hekkelmann, der von Nazi-Kontakten seines Pressesprechers wußte aber nichts unternahm und dank der SPD mit kleinen Einschränkungen im Amt bleiben durfte.

Terror und Wahlurne

Es mag auch sein, daß Schönhubers REPs auch bei den Wahlen im Herbst nicht gut abschneiden und die offen terroristischen Nazis keine spektakulären Angriffe starten. Doch das wäre kein Grund zur Entwarnung. Auf kleinerer Flamme köchelt die rechte Gewalt weiter. Ein Mißerfolg bei Wahlen könnte Teile des faschistischen Spektrums weiter in die terroristische Ecke treiben.

Bleibt die Kohl-Regierung erst einmal dran, wird sie in kurzer Zeit wieder rassistische Kampagnen – „gegen Ausländerkriminalität“, „gegen illegale Einwanderung“ – starten, um von Ursachen der sozialen Probleme abzulenken. Wenn die SPD weiter auf jegliche Opposition verzichtet, können auch die REPs wieder ihr Süppchen kochen.

Auch bei einer Regierung links von CDU/FDP ist eine Stärkung der Nazis möglich. Wenn ein solche Regierung die arbeiterfeindliche Sparpolitik der Kohl-Regierung fortsetzen würde, können die Ultras davon profitieren.



Hervorragende Exemplare der deutscher Herrenrasse stellen sich zur Schau

Wir dürfen uns nicht von der Schwäche der Nazis beruhigen lassen. Wir müssen Nazi-Aktivitäten verfolgen und versuchen, sie durch Gegenmobilisierung zu verhindern. Angesichts des Rechtsrucks im Staatsapparat und der Schikanen gegen AusländerInnen wird die Forderung nach vollen demokratischen Rechten für alle wichtiger. Die Sozialistische Alternative VORAN - SAV wird sich dafür auch in den Gewerkschaften einsetzen.

Die Massenarbeitslosigkeit und der sinkende Lebensstandard erfordern konkrete Antworten auf die Krise, damit die Faschisten die Wut und Verunsicherung nicht ausnutzen können. Wir kämpfen dafür, daß die Reichen für die Krise be-

zahlen müssen. Wir fordern die Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich und die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle. Wir kämpfen für staatliche Programme im Wohnungsbau und Umweltschutz.

Wir meinen: wenn die Unternehmer sich das Soziale an der Marktwirtschaft nicht leisten können, können wir uns die Marktwirtschaft nicht leisten. Daher kämpfen wir für eine Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum und die demokratische Planung der Wirtschaft – damit mit Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot die sozialen Wurzeln von Rassismus und Faschismus ausgerottet werden.

Jugend gegen Rassismus in Europa
Youth against Racism in Europe

YRE
JRE
**No
Pasarán**

**Stoppt Nazis und
Rassisten**



**Internationales
Anti-Nazi-Camp**

Reinwarzhofen - Bayern
13.- 20. August 1994

1500 Jugendliche aus ganz Europa,
LIVE MUSIK

Montag: **NoRMAhl** (Punk) Donnerstag: **Gunshot** (Rap)

Mittwoch: **Psoriasis** (True-Metal) Friday: **Anarchist** (Hardcore) **Fun^da^mental** (HipHop)
Academy (Hardcore) **Peacock Palace**
Mental Tourment (Punk) **Slime** (Punk)

Infos: 02 21/81 18 86

**Achtung,
Post- und
Bahnazubis/beschäftigte,
Zivis und Soldaten!**

Sonderurlaub!

Nach §7 Satz 1 Nr.3 der Verordnung über Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst wurde das JRE-Camp von der Bundeszentrale für politische Bildung als förderungswürdig anerkannt. Dies gilt nach den geltenden Tarifverträgen auch für Post- und Bahnazubis und -angestellte! Der Antrag muß spätestens 14 Tage vorher gestellt werden, dazu brauchst Du eine Anmeldebestätigung. Schick dazu den Abschnitt unten an JRE oder ruf' an.

Ja... ...ich komme zum internationalen Anti-Nazi-Camp.

- Ich brauche eine Anmeldebestätigung zum Beantragen von Sonderurlaub
 - Ich habe eine Anzahlung von DM _____ überwiesen.
 - Ich habe den vollen Preis von DM 200 (Ost) / 280 (West) überwiesen.
 - Ich bezahle den Soli-Preis von mindestens DM 280 (Ost) / 350 (West)
- Schickt diesen Abschnitt mit Deinem Namen, Deiner Adresse und Telefonnummer an:
JRE, Postfach 300629, 50776 Köln
Überweisungen an: Förderverein Jugend gegen Rassismus, Kölner Bank, BLZ 371 600 87, Kto.-Nr. 415 870 000
Bitte Namen und Anschrift auf die Überweisung schreiben

**Nazi-
Übergriffe**

**Verbrechen
lohnt sich nicht?**

Von 23 318 Ermittlungsverfahren wegen rassistischer, rechter Straftaten im letzten Jahr sind mehr als zwei Drittel – 16 050 – eingestellt worden. Das ergab eine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion.

Als Grund wurde angegeben, „daß in vielen Fällen ein Täter

nicht ermittelt werden konnte“. 2191 Verfahren wurden mit einem Urteil abgeschlossen.

Nur in 108 Fällen wurden Strafen von mehr als zwei Jahren verhängt, in 259 Fällen von einem bis zu zwei Jahren. (nach taz, 13. 7. 94)

Wahlkampf

Linksfront - aber richtig

Die PDS ist der große Buhmann. Angesichts ihrer Wahlerfolge und der SPD-Grünen-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt hat die CDU eine hysterische „Volksfront“-Kampagne in Gang gebracht. In den Spalten der Presse wechseln sich auch ob ihrer Mißerfolge beleidigte SPD- und Grünen-Politiker ab, die klagen, die PDS sei nicht „demokratiefähig“.

Claus Ludwig, Köln

Doch auf kommunaler Ebene, wo es kaum einer merkt, wird fröhlich mit der PDS koalitiert. Sowohl SPD als auch CDU treffen „Sachentscheidungen“ mit

Bundesebene mit der PDS zusammenarbeiten würde; Angst vor den Erwartungen, daß mit der Unternehmer-Politik Kohls Schluß gemacht würde, daß die sozialen Probleme endlich angepackt würden.

Sachsen-Anhalt

Angst vor allzu großen Erwartungen hat auch der SPD-Chef von Sachsen-Anhalt, Höppner. Der Sturz der CDU-Regierung ist ein Fortschritt, aber auf welcher Grundlage steht rot-grün?

Das Wirtschaftsprogramm, für das Höppner auf die Unterstützung der CDU hofft, hat als Mittelpunkt die Förderung des Mit-

halt hat links gewählt. Diese Mehrheit muß genutzt werden. Notwendig ist eine Regierung aus SPD und PDS, die das Ruder herumwirft und eine Politik im Arbeitnehmerinteresse durchführt.

Die SPD-Führer und große Teile der Basis sind nicht einmal bereit, darüber zu diskutieren. Doch die PDS darf sich nicht zur Opposition erklären, weil niemand mit ihr spielen will. Die PDS muß eine Kampagne führen – sowohl aktuell in Sachsen-Anhalt als auch in Hinsicht auf die Bundestagswahlen – und Vorschläge für ein Sofortprogramm ausarbeiten und dies der SPD auf allen Ebenen anbieten.

sie Forderungen nicht mit der PDS umsetzen wollen, die ursprünglich von der SPD gestellt wurden.

Die PDS müßte sagen: „Ja, wir haben die Nase voll, wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, dies zu ändern, die SPD müßte dies auch wollen“ – reagiert die SPD-Spitze nicht, geht sie das Risiko ein, noch mehr Arbeiter und Jugendliche auch im Westen zu verprellen.

Allerdings zielt sich auch die PDS, klare Aussagen zu treffen. Sie hat angesichts der Schärfe der Krise Angst, die Verantwortung für kapitalistische Sparpolitik zu übernehmen, hat aber kein Konzept, durch Massenmobilisierung Kämpfe dagegen zu führen. Ergebnis: Einerseits richtet sie sich in der bequemen Oppositions-Ecke ein, andererseits arbeitet sie auf kommunaler Ebene auch mit der CDU zusammen, trägt „Sachzwänge“ mit.

SPD-PDS-Regierung

Die Sozialistische Alternative VORAN – SAV kämpft auf Kommunal-, Länder- und Bundesebene dafür, Kohl und seine Statthalter zu stürzen und die linken Mehrheiten von SPD, PDS und Bündnis 90/Grünen zu nutzen, um ein Programm im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen. Eckpfeiler eines solchen Programms wären die Rücknahme sämtlicher sozialer Angriffe der Kohl-Regierung, ein massives Wohnungsbauprogramm und die kostenlose Vermittlung von Wohnraum sowie Arbeitszeitverkürzung in allen Bereichen auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich und die Angleichung der Ost-Einkommen an die im Westen.

Massenmobilisierung

Selbst diese begrenzten Reformen würden einen massiven Konflikt mit dem Kapital bedeuten. Konzerne würden Investitionen zurückstellen, mit Abwanderung aus Bundesländern oder Deutschland drohen, Betriebe stilllegen.

In Ost und West sollten SPD-Gliederungen Angebote gemacht werden, darüber zu diskutieren, auch in den Gewerkschaften müßte dafür um Unterstützung geworben werden.

SPD unter Druck setzen

Scharping, Höppner und Co. werden dadurch nicht überzeugt. Doch es wird sie unter Druck setzen, sie zwingen, gegenüber der Parteibasis und in der Öffentlichkeit zu erklären, warum

Die Unternehmen müßten dann gezwungen werden, die Bilanzen offenzulegen, um festzustellen, wo die Superprofite der vergangenen Jahre geblieben sind. Betriebe müssen in Gemeineigentum überführt, die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die Macht der Banken muß gebrochen, die Banken unter demokratischer Kontrolle verstaatlicht werden.

Die Erfahrung der französischen Linksregierung 1981 zeigt, daß der Druck des Kapitals eine reformistische Regierung innerhalb weniger Monate vor die Wahl stellt, auf alle Reformen zu verzichten oder das Kapital zu entmachten. Mitterrand und seine Verbündeten wählten die erste Variante.

Auch der Druck auf eine SPD-geführte Regierung wäre enorm.

Doch entscheidend sind in diesem Kampf nicht Regierung und Parlament, sondern die Bewegung von ArbeiterInnen in den Betrieben und auf der Straße. Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung und die Angst des Kapitals davor bestimmt in solch einer Situation den „Reformspielraum“. Streiks, Betriebsbesetzungen und Demonstrationen werden entscheiden, was erkämpft werden kann.

Ein linker Wahlsieg im Oktober würde zeigen, daß Veränderungen machbar sind, würden Bewegungen von ArbeiterInnen, entweder sofort oder im nächsten Frühjahr ermutigen.

Die SAV kämpft daher für das Ende der CDU-Regierung und stellt im Wahlkampf ihr sozialistisches Programm als Alternative zur Krise dar.



12 Jahre Kohl, die größte Belastung für das Gesundheitswesen

PDS-Stimmen und lassen ihre Kandidaten in lukrative Posten wählen.

Gerade die SPD-Spitzen wissen, wie die PDS einzuschätzen ist. Sie glauben das Märchen von den Alt-Stalinisten selber nicht. Sie wissen, daß die PDS in Programm und Praxis eine etwas linkere Sozialdemokratie ist.

Sie haben keine Angst vor der PDS. Sie haben Angst vor den Hoffnungen, die geweckt würden, wenn die SPD in wichtigen Großstädten, auf Landes- oder

telstandes. Von Erhalt aller Arbeitsplätze, Beschäftigungsprogrammen, Erhalt und Ausbau aller Kindertagesstätten, findet sich dort nichts.

Die Schwäche der Regierung im Parlament wird als Entschuldigung für Reformverzicht dienen. Nach der Bundestagswahl wird sich die SPD – unabhängig von deren Ausgang – eine große Koalition in Sachsen-Anhalt wieder leisten können, das rot-grüne Experiment könnte sang- und klanglos enden.

Die Mehrheit in Sachsen-An-

Schräge Blockflötentöne

Die CSU/CDU versucht den Wählern einzuhämmern, daß die PDS die „Partei des Schießbefehls“ sei. Während der PDS vorgeworfen wird, sie hätte Verbindungen zu China und Kuba, empfängt die Kohl-Regierung wie früher Honecker und Co. den Menschenschlächter Li Peng, um mit ihm ins Geschäft zu kommen. Von einem Treffen zwischen Li Peng und Gysi ist nichts bekannt.

Ursel Beck, Köln

Schalck-Golodkowski, von 1967-89 stellvertretender Außenminister, hoher Stasi-Offizier und Ex-SED-Mitglied ist nicht in die PDS eingetreten. Warum auch? Für ihn läßt sich dadurch keine Karriere machen. Er lebt besser geschützt von der deutschen Justiz und seinen politischen Freunden in der CSU in seiner Villa am Tegernsee.

Fakt ist, daß in der PDS mit Ausnahmen wie Modrow eher

die ehemaligen SED-Mitglieder sind, die früher einfache Mitglieder, ehrliche Sozialisten waren und sind. Die hohen Funktionäre des alten DDR-Staates die mit ihrer Parteimitgliedschaft nur Karriereinteressen im Sinne hatten, sind längst aus der

Die alten Blockparteien, CDU, Liberale Partei und Bauernpartei wurden unter der direkten Kontrolle der SED Ende der 40er Jahre gegründet, um eine pluralistische Parteienlandschaft vorzugaukeln und dann eine Scheinkoalitionsregierung des

haben sie nach der Wende konsequent weiterverfolgt, indem sie sich an die Rockzipfel der westdeutschen CDU und FDP hängten.

Während der PDS Vermögen streitig gemacht wird, hatte die West-CDU keine Skrupel, die Parteikassen und das gesamte Vermögen der alten Ost-CDU und Bauernpartei zu kassieren und ihre Funktionäre wieder in Amt und Würde zu bringen.

Sowohl Wolfgang Schnur, der als Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs bei der Volkskammerwahl 1990 gemeinsam mit CDU und DSU im „Bündnis Allianz für Deutschland“ auftrat sowie Lothar De Maiziere (seit 1956 Ost-CDU-Mitglied) mußten wegen ihrer Stasi-Vergangenheit zurücktreten.

Von 324 Abgeordneten der Ost-CDU in den Landtagen Ostdeutschlands und im Bundestag sind heute 203 (62,7 Prozent) Blockflöten aus Ost-CDU und Bauernpartei.

„Heute, nach 40 Jahren, ist die Erkenntnis wohltuend, daß sich diese Arbeit gelohnt hat, der uns gewiesene Weg richtig war und der Erfolg auch bei denen, die damals überzeugt werden mußten, beruflich wie persönlich nicht ausgeblieben ist, ja, ihnen dies heute als selbstverständlich erscheint.“
(Ost-CDU Funktionärsorgan „Union“, September 89)

PDS geflüchtet und haben sich an die neuen Machthaber angepaßt, um Posten zu kriegen in Treuhandbetrieben, bei der Bundeswehr oder sogar im Verfassungsschutz.

„Demokratischen Blocks“ zu bilden. Diese Parteien haben alles unterstützt, was die SED verbrochen hatte. Die führenden Mitglieder hatten allein Karriere und Posten im Sinn. Dieses Ziel

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietenstop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stop von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Organisation eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung. Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

Tod eines Kurden

Das in den Köpfen von vielen Polizisten verbreitete Feinbild „Ausländer“ hat, gefördert durch die staatliche Hetzjagd auf Kurden, ein neues Opfer gefunden. Am 30. Juni 1994 wurde in Hannover der 16jährige Halim Dener von einem Zivilfahnder erschossen.

Olav, Bremerhaven

Halim wurde beim Kleben von Plakaten der ERNK, der verbotenen Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, von einer Polizeistreife überrascht.

Nach Darstellung der Behörden wurde der weglauende Halim von einem Beamten eingeholt und festgenommen. Als dieser seinen zuvor verlorenen Dienstrevolver aufheben und ins Holster stecken wollte, habe Halim sich befreien können, daraufhin wurde der Flüchtende von einem Schuß getroffen, der sich versehentlich beim Aufheben der Waffe löste.

Die Polizei behauptete, daß sich der Schuß löste, weil der Beamte beim Aufheben der Waffe stolperte. Eine zweifelhafte Behauptung, wenn man bedenkt, daß der Beamte zu einem Sondereinsatzkommando gehört und eigentlich wissen sollte, wie man eine Waffe einsteckt. Auch das Verlieren einer Waffe aus einem geschlossenen Holster ist unwahrscheinlich, außerdem kann ein Revolver nur versehentlich abgefeuert werden, wenn der Hahn schon gespannt, die Waffe gezielt schußbereit gemacht wurde.

Die Behörden mußten bereits von ihrer ersten Version abweichen, denn ein Gutachten bewies, daß der Abstand zwischen der Waffe und dem Getöteten fünf bis fünfzehn Zentimeter betragen hat, außerdem hatte der Polizist – trotz Händewaschen – Schmauchspuren an den Händen. Das sind Hinweise darauf, daß Halim im Polizeigriff war, als er erschossen wurde.

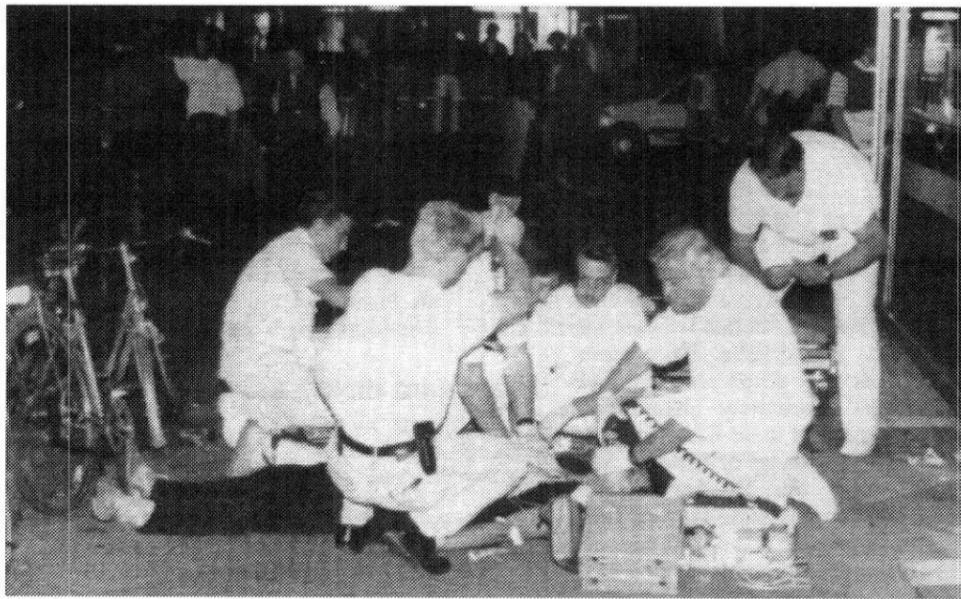
Es würde jedoch nicht weiter verwundern, wenn die Aufklärung der Todesumstände wieder einmal der polizeilichen Verschleierungstaktik a la Bad Kleinen zum Opfer fällt, denn mittlerweile hüllen sich die Ermittlungsbehörden in Schweigen.

Hetze gegen Kurden

Egal, ob Halims Tod ein Mord oder ein Unfall war: Der Beamte hat die Waffe gezogen und war vorbereitet, sie einzusetzen. Dies ist skandalös genug. Der Beamte sah sich keinem 16jährigen Jungen gegenüber, der Plakate klebte, sondern einem „Terroristen“.

Wo waren die gezogenen Dienstwaffen in Rostock, wo, als Amadeu Antonio in Eberswalde vor den Augen von „hilflosen“ Polizisten von Nazis zu Tode geprügelt wurde?

Am 25. Juni demonstrierten in Frankfurt über 100 000 Menschen friedlich unter den Fahnen



Behandlung des tödlich verletzten Kurden Halim Dener

und Symbolen der verbotenen PKK. Nach Halims Tod gingen in Hannover bis zu 50 000 auf die Straße. Die PKK ist eine Massenorganisation, ein großer Teil auch der in Deutschland lebenden Kurden unterstützt sie.

Doch in der Öffentlichkeit werden PKK-Unterstützer als Terroristen dargestellt, Polizisten werden darauf getrimmt, Kurden als Freiwild zu sehen. Halim ist ein Opfer von Kanthers Hetzjagd geworden.

In diesem Jahr haben die Faschisten bisher – soweit bekannt – noch nicht so viele Menschen getötet wie 1993. Doch die Opfer staatlicher Unterdrückung werden mehr. Ein rumänischer Asylbewerber wurde erschossen, weil er vor Polizisten weggrannete. In den überfüllten Abschiebekästen steigt die Zahl der Selbstmorde, nur Einzelfälle werden bekannt.

Die SAV kämpft daher für:
 ★ Vom Staat unabhängige

Kommissionen mit Vertretern kurdischer Organisationen, von Menschenrechtsgruppen und Gewerkschaften, um den Tod Halims und andere Vorfälle zu untersuchen

★ Schluß mit Polizeischikanen gegen AusländerInnen

★ Aufhebung des Verbots der PKK

★ Stop aller Abschiebungen

★ Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen

Tarifrunde Telekom-Post/Privatisierung

Angriffe gehen weiter

Die Kampfbereitschaft der PostlerInnen war enorm und hat dafür gesorgt, daß es zu wenig unmittelbar spürbaren Verschlechterungen kommt. Aber die Spitze der Deutschen Postgewerkschaft hat mit ihrer Zustimmung zum Tarifabschluß den Weg für die Privatisierung freigemacht.

Frank Klobes, Kassel

Die Vereinbarungen, die die Postgewerkschaftsführer abgeschlossen haben, sind nur auf den ersten Blick zufriedenstellend. Der Erhalt der Eingruppierung gilt nur für die KollegInnen, die seit zwei Jahren bei der Post beschäftigt sind.

Mit der Privatisierung fangen die Verschlechterungen für die Beschäftigten erst an. Ab 1997 sollen die ersten Aktien an der Börse gehandelt werden. Genau zu diesem Zeitpunkt laufen die meisten Vereinbarungen über die Sicherung der Sozialleistungen und Eingruppierung der Einkommen aus.

Zwei-Klassen-Post

Bei der Telekom-Post-Privatisierung geht es um mehr als um Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen. Der größte Betrieb der BRD mit 670 000 Beschäftigten wird auseinandergerissen, die Filetstücke den Mannesmannern, Daimlers, Boschs und Schickedanzens zum Mittagessen serviert. Sie werden die profitträchtigen Geschäfte machen, während die Instandsetzung von Telefonzellen im ländlichen Raum bald der Vergangenheit angehören wird.

Schon heute machen die privaten Paketdienste vor, wie das Motto „Gewinne an Privat, Verluste für den Staat“ konkret umgesetzt wird. Sie nehmen für viel Geld die Paketaufträge an, liefern diese auch in die Zentren. Geht es aber um abgelegene Gebiete, kommen die Paketdienste auf die revolutionäre Idee, die

Pakete beim nächsten Postamt abzugeben!

In den letzten Jahren wurde der Service für Normalkunden verschlechtert. Langes Warten auf Entstörung und Neuanschluß waren keine Ausnahmen. Die Unternehmer hingegen wurden durch einen eigens gegründeten Privatkundenservice hofiert. Das sind die Folgen des ersten Privatisierungsschrittes von 1988. In Zukunft werden das Telefonieren und Dienstleistungen für Unternehmen billiger, denn Daimler, Siemens, Mannesmann und Co. werden logischerweise nicht die Gebühren für ihre eigenen Großkonzerne verteuern. Draufzahlen werden wir alle.

Die einzelnen Postbereiche werden dem kapitalistischen Konkurrenzkampf ausgesetzt. Dies wird genau wie derzeit in der Privatwirtschaft zu Angriffen auf Löhne und Arbeitsbedingungen führen.

Die Tarif-Vereinbarungen laufen nur bis 1996. Die Zustimmung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) erleichtert

den Unternehmern die Angriffe auf die KollegInnen. Zwar dürfen die Vereinbarungen ohne die Zustimmung der DPG nicht aufgehoben werden, aber was ist, wenn die Unternehmer Arbeitsplätze gegen Löhne und Sozialleistungen aufrechnen? Schon jetzt ist klar, daß in den nächsten Jahren über 90 000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Es wäre nicht verwunderlich, wenn demnächst von 110 000 oder 130 000 geredet würde.

Grundsätzlich gegen Privatisierung

Privatisierung ist eine altbewährte Masche der Unternehmer, um sich neue Profitquellen zu erschließen. Derzeit rollt eine Welle, angefangen von Bundesbetrieben bis hin zu kommunalen Einrichtungen wie Krankenhäusern und öffentlichem Nahverkehr. Immer mehr Funktionäre der Gewerkschaftsspitze verfahren nach dem Motto: Wir haben nichts gegen Privatisierung, wir wollen nur die Löhne und die sozialen Leistun-

gen sichern. Aber dies ist ein Trugschluß. Sobald die Privatisierung vollzogen ist, fangen die Unternehmer erst richtig an, Beschäftigte und Gewerkschaften unter Druck zu setzen. Unter den Bedingungen der Konkurrenz sind die Kampfbedingungen schwieriger, nicht zuletzt, weil die Gewerkschaft durch die Privatisierung geschwächt wird.

Die KollegInnen bei der Post werden einen Preis für das Zurückweichen der DPG-Führung bezahlen müssen. Doch noch ist die Kraft zur Gegenwehr dort nicht erlahmt, das haben die enorm hohe Beteiligung an den Warnstreiks und die Entschlossenheit der KollegInnen gezeigt.

Gewerkschafter in anderen Bereichen sollten die Lehren ziehen und einen grundsätzlichen Widerstand gegen jegliche Privatisierungsschritte organisieren.

Tarif-Ergebnisse Post (Auszüge)

Sozialtarifvertrag

- Alle Mietverhältnisse der 100 000 Post-Wohnungen bleiben erhalten, einschließlich derer, die bis zum 31. 12. 94 neu hinzukommen
- Familiendarlehen werden weiterbezahlt
- Betriebliche Sozialleistungen wie Wohnheimplätze, Kinder- und Familienerholung, Gesundheitsfürsorge, Versorgungsanstalt, Beamtenkrankenkasse bleiben bis 30. 6. 96 bzw. 31. 12. 96 unangestastet und können danach nur mit Zustimmung der Ge-

werkschaft verschlechtert werden

Eingruppierung

- Die Lohn- und Gehalts-Eingruppierung bleibt erhalten

Ostdeutschland

- Unkündbarkeitsregelung soll auf den Osten übertragen werden

Mitbestimmung

- Bezirkspersonalräte werden abgeschafft. Die ca. 1000 freigestellten Bezirkspersonalräte sollen bis 30. 6. 97 als „Koordinatoren“ eingesetzt werden

Landtagswahlen in Bayern

Im CSU-Staat nichts Neues?

Bayern ist das letzte „alte“ Bundesland, das fest in Unions-Hand zu sein scheint. Gehen dort die Uhren anders?

In der letzten Zeit wurde die CSU-Regierung von Affären geschüttelt: Amigo Streibl, Zwick, Gauweiler etc. Auch bei Wahlen wurde die CSU gebeutelt. Bei Oberbürgermeisterwahlen hatte die SPD viele Erfolge und die CSU noch mehr Mißerfolge. In Bamberg kam im März der CSU-Bewerber nicht einmal in die Stichwahl. Bei Umfragen gab es rot-grüne Mehrheiten – aber bei den Europawahlen hatte die CSU plötzlich wieder 48,9 Prozent der Stimmen.

Zum Teil lag das an der Aufschwungs-Propaganda von Regierung und Medien, die in Bay-

ern noch ein bißchen glaubhaft klingt. Immerhin hat Bayern die niedrigste Arbeitslosigkeit der BRD (6,5 Prozent im Juni, in den „alten“ Bundesländern insgesamt 8 Prozent). Aber der beste Wahlhelfer der Union ist auch in Bayern die SPD-Führung. Im Frühjahr erklärte Spitzenkandidatin Renate Schmidt, nach den Wahlen auf keinen Fall mit den „Amigos“ eine Koalition eingehen zu wollen, aber mit einer „geläuterten“ CSU vielleicht schon.

Sollen die Herren nach Lourdes pilgern und dort durch ein Wunder von der Korruption geheilt werden? Ausgerechnet bei den CSU-Privatisierungsplänen sah sie Berührungspunkte. In München mußten im Juni die Kommunalwahlen wiederholt

werden. Die SPD-Fraktion bemühte sich danach leidenschaftlich um ein Bündnis mit der CSU.

Erst als das nicht klappte, ließ sie sich auf ein „Regenbogen“-Bündnis mit Grünen und Splittergruppen ein. Aber schon bei der Pöstchenvergabe arbeitete sie wieder mit der CSU zusammen und schluckte fleißig „bittere Pillen“. Zum Beispiel wählte sie einen REP zum Koreferent – „Aufpasser“ der Stadtverwaltung mit weitgehenden Informationsrechten – für Ausländerpolitik und Sicherheit & Ordnung! Bei so einer SPD-Politik wäre es kein Wunder, wenn auch nach den Wahlen die Amigos die Regierung stellen können.

Wolfram, Stuttgart

CSU hubert schöner als Schönhuber

Die CSU schlägt vor, so ihr Generalsekretär Huber, im gemeinsamen Wahl- und Regierungsprogramm mit der CDU ein härteres Vorgehen gegen AusländerInnen aufzunehmen. Neben den üblichen Sprüchen, daß eine multikulturelle Gesellschaft und eine Doppelstaatsbürgerschaft abgelehnt wird, fordert die CSU, Landfriedensbruch als zwingenden Ausweisungsgrund festzulegen.

Das bedeutet eine faktische Abschaffung des Demonstrationsrechtes für AusländerInnen. Denn Landfriedensbruch ist ein Gummiparagraph. Ob man sich dessen schuldig gemacht hat, wird von der Taktik eines Polizeieinsatzes bestimmt. Räumt die Polizei z. B. eine Straße und kommt es dabei zu Rangeleien, hagelt es oftmals Anzeigen wegen Landfriedensbruch.

Außerdem fordert die CSU, die Auszahlung der Sozialhilfe in Lebensmittelpaketen für Asylbewerber gesetzlich festzuschreiben.

Eine Woche lang wird auf dem europäischen JRE-Anti-Nazi-Camp vom 13.-20. August auf fast 40 verschiedenen Treffen über den Kampf gegen Rassismus und Faschismus diskutiert. Die SAV meint, daß, um diesen Kampf erfolgreich zu Ende zu führen, das kapitalistische System abgeschafft werden muß, daß den Nährboden für diese Übel schafft.

Faschismus wird wieder salonfähig

„Nach dem Scheitern des Kommunismus und der anscheinend wachsenden Funktionsschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik (...) er wird nicht antisemitisch sein und nicht von der Überlegenheit einer Rasse schwärmen, sondern umgekehrt die Talente verschiedenster Zivilisationen nutzen.“

Johannes Gross, Herausgeber der Unternehmer-Magazine „Capital“ und „Impulse“, im Magazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (zitiert nach „metall“)

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, wachsender Unzufriedenheit und Bereitschaft zur Gegenwehr in der Arbeiterklasse machen sich weitsichtigere Vertreter der Herrschenden Gedan-

ken über die langfristige Sicherung ihrer Macht. Das beginnt mit den Überlegungen des CDU-Fraktionschefs Schäuble zum Einsatz der Bundeswehr gegen den „inneren Feind“.

Andere gehen weiter und bringen Diktatur und Faschismus als Mittel zur Verteidigung von „Ruhe und Ordnung“ in die Diskussion. So zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung – FAZ in einem Kommentar zu den italienischen Wahlen vom 23. 4. 94: „... eine Mehrheit der italienischen Wähler rückte von der reflexartigen Verurteilung des Faschismus ab und will unterscheiden zwischen dem Guten und dem schlechten damals, in welchem Mischungsverhältnis auch immer.“

Die faschistischen Bewegungen Hitlers, Mussolinis etc. wurden direkt von den führenden Industriellen und Bankiers unter-

stützt und an die Macht gebracht. Ihre Aufgabe war es, die Gewerkschaften, Arbeiterparteien und sämtliche demokratischen Rechte zu zerschlagen und dem Profitstreben der Unternehmer freie Bahn zu schaffen. Heute wird in der seriösen bürgerlichen Presse wieder offen über die Vorzüge des Faschismus diskutiert.

Das zeigt, wie dünn die demokratische Hülle ist, die der nach 1945 mit Hilfe von Nazi-Richtern, -Politikern und -Offizieren aufgebauten Bundesrepublik Deutschland übergezogen wurde.

13.-20. August, Reinwarzhofen bei Nürnberg

Anti-Nazi-Camp

Aus dem politischen Programm:

- ★ Aufstieg der Faschisten in Europa – wie groß ist die Gefahr?
- ★ Staat, Polizei und Faschismus
- ★ Italien – ist die Berlusconi-Regierung faschistisch?
- ★ Die Geschichte der Black Panther Party in den USA
- ★ Kurdistan
- ★ Wer ist schuld an Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit?
- ★ Einwanderung – Asyl – Abschiebungen
- ★ Podiumsdiskussion „Es gibt keinen

Kapitalismus ohne Rassismus“ mit Lothar Bisky, PDS-Vorsitzender (angefragt), Tommy Sheridan (Scottish Militant Labour), und einem Vertreter der Rifondazione Comunista aus Italien

- ★ Wie kam Hitler an die Macht?
- ★ Südafrika – Philemon Mauku, ehemaliger politischer Häftling berichtet
- ★ Bosnien – was passiert auf dem Balkan?
- ★ Antifa-Arbeit in Betrieb und Gewerkschaften

stützt und an die Macht gebracht. Ihre Aufgabe war es, die Gewerkschaften, Arbeiterparteien und sämtliche demokratischen Rechte zu zerschlagen und dem Profitstreben der Unternehmer freie Bahn zu schaffen. Heute wird in der seriösen bürgerlichen Presse wieder offen über die Vorzüge des Faschismus diskutiert.

Das zeigt, wie dünn die demokratische Hülle ist, die der nach 1945 mit Hilfe von Nazi-Richtern, -Politikern und -Offizieren aufgebauten Bundesrepublik Deutschland übergezogen wurde.



Der Block von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) auf der Demonstration in Solingen, 5. 6. 93. JRE verbindet die Gegenwehr gegen die Nazis und Rassisten auch mit dem Kampf für Arbeitsplätze, Wohnungen und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche.

Das Übel an der Wurzel packen



Der Faschistenführer Fini regiert jetzt mit

Italien: Faschisten in der Regierung

Der rechte Wahlsieg in Italien ist eine deutliche Warnung. Fünf Minister werden jetzt von den Neofaschisten der Nationalen Allianz gestellt.

Ministerpräsident und Medienstar Berlusconi geht Schritte Richtung autoritäres Regime, indem er das Parlament und sogar sein Kabinett bei Entscheidungen übergeht.

Aber gerade das Beispiel Italien zeigt, daß die Gedankenspiele in der FAZ und das Mussolini-Revival im italienischen Bürger-

tum reines Wunschenken sind. Berlusconis Wahlsieg ist vor allem ein Ergebnis der rechten Politik der Führung der Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratische PDS (Ex-Kommunisten) hat angesichts der tiefen Krise des korrupten kapitalistischen Systems keinerlei linke Alternative aufgezeigt, sondern unter dem Motto „Wir sind anders“ eine Politik à la Scharping vertreten.

Berlusconis Wahlsieg hat den Herrschenden nur eine kurze Atempause verschafft. Die Unternehmerzeitung „Handels-

blatt“ warnte in einem Kommentar nach den Wahlen, daß es unvermeidlich zur Gegenwehr der Arbeiter kommen wird, da Berlusconi seine Wahlversprechen nicht einhalten kann.

Der italienischen Regierung wird es nicht besser als den Bürgerlichen in Frankreich ergehen. Seit ihrer Regierungsübernahme im letzten Jahr mußten sie eine Niederlage nach der anderen hinnehmen. Die Air-France-Beschäftigten, die Fischer, die Proteste gegen Privatisierung im Bildungswesen – eine halbe bis eine Million auf einer Demo in Paris – und dann die militante Massenbewegung gegen die geplante Billiglohnarbeit für arbeitslose Jugendliche haben die Balladur-Regierung zu Rückzügen gezwungen.

Die Regierungsbeteiligung der Neo-Faschisten in Italien hat bereits zu wütender Gegenwehr und Radikalisierung bei vielen geführt: 400 000 demonstrierten allein in Mailand am Todestag Mussolinis, gleichzeitig gab es mächtige Demonstrationen in allen größeren Städten.

Hinter der Instabilität der italienischen Regierung und den Konflikten zwischen den beteiligten Parteien steckt die Angst vor dem Widerstand der Arbeiterklasse gegen jeden Schritt zur Umsetzung ihres radikalen prokapitalistischen Programms.

„Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus“

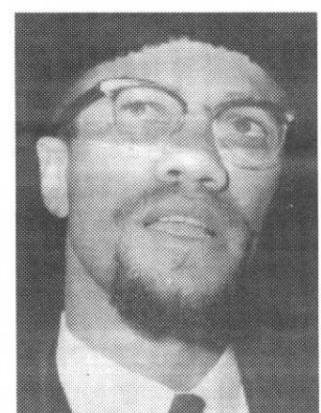
Malcolm X, amerikanischer Schwarzenführer der 60er Jahre

In Deutschland hat in den letzten beiden Jahren die CDU/CSU/FDP-Regierung – brav gefolgt von der SPD – das große Ablenkungsmanöver Asyldebatte veranstaltet. Dabei ging es um zwei Ziele: 1. Asylbewerber als Sündenbock für die sozialen Probleme und die Krise des BRD-Kapitalismus zu präsentieren und zwischen Deutschen und AusländerInnen zu spalten 2. Durch die faktische Abschaffung des Asylrechts und den staatlich geduldeten rassistischen Terror der Nazi-Schläger Flüchtlinge davon abzuschrecken, nach Deutschland zu kommen.

Die 1992/93 geschürte Hysterie gegen die „Asylantenflut“, die jetzige Kampagne gegen „Kurdenterror“ und „Ausländerkriminalität“ sind jedoch nur die Zuspitzung des Rassismus, auf dem diese Gesellschaft aufgebaut ist.

Ausländische ArbeiterInnen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten hier leben, werden sy-

stematisch diskriminiert, können wegen kleinerer Vergehen ausgewiesen werden und dürfen nicht wählen. ZuwanderInnen sind für die Kapitalisten nicht



Malcolm X

Menschen, sondern ein Teil des Angebots der „Ware Arbeitskraft“. Die Ausländergesetze dienen zur Steuerung des Angebots und dazu, diese Ware möglichst billig zu machen.

Denn wer Angst vor Ausweisung hat und von den Behörden mit Füßen getreten wird, der verkauft sich dem Unternehmer auch etwas billiger und muckt nicht so schnell auf.

Solange es Kapitalismus gibt, werden Staat und Unternehmer versuchen, Arbeiter gegeneinander auszuspielen: Ausländer gegen Deutsche, Männer gegen Frauen, Ossi gegen Wessis, Arbeitende gegen Arbeitslose.

Aber dabei gibt es Grenzen: 1,8 Millionen deutsche und ausländische MetallerInnen haben sich an den mächtigen Warnstreiks der IG Metall im Frühjahr beteiligt. Viele der beteiligten deutschen und auch türkischen KollegInnen sind sicher von der Hetze gegen Asylbewerber beeinflusst gewesen. Gleichzeitig wehren sie sich aber gegen die Angriffe der Unternehmer und lernen so in der Praxis, daß die Grenzen nicht zwischen Ausländern und Deutschen, sondern zwischen oben und unten verlaufen.

Berlin-Treptow

Aktion gegen FAP



Die FAP ist eine der wichtigsten Organisationen der „harten“ Nazis.

Die REPs verlieren zwar bei den Wahlen an Unterstützung, die linken Parteien legen vor allem im Osten zu, aber die faschistischen Parteien wie die FAP versuchen gerade im Osten, sich eine größere Basis aufzubauen.

Antje, Berlin

In Berlin tauchen in letzter Zeit verstärkt Plakate der FAP auf. Sie versuchte am 1. Mai wieder ihren alljährlichen Aufmarsch in Berlin diesmal in Treptow durchzuführen, wurde aber durch GewerkschafterInnen und andere AntifaschistInnen daran

gehindert.

In Treptow versucht die FAP vor allem im ehemaligen Industriestandort Schöneweide Jugendliche zu rekrutieren. Hier sind von 40 000 Arbeitsplätzen nur noch 6000 vorhanden. Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit bereiten den Boden dafür, daß die Faschisten mit ihren Scheinlösungen Anklang finden können.

Für die Gruppe von *Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)* in Treptow war dies Anlaß, eine Kampagne gegen die FAP zu organisieren. Dazu wurden als erstes Plakate geklebt,

die die Treptower aufforderten, gegen die FAP aktiv zu werden, sie in ihrem Lebens- und Arbeitsumfeld zu isolieren.

PDS kneift

Daraufhin kamen Anwohner zum JRE-Treffen und machten auf das Treiben eines Faschos aufmerksam. Dieser nutzte seine Wohnung für die Rekrutierung von Jugendlichen zur FAP. Dabei wurde immer wieder laute Nazi-Musik gespielt und das ganze Haus in Angst und Schrecken versetzt. JRE Treptow beschloß für den 15. Juli

eine Demonstration gegen den FAPler, Markus Spottek, und die FAP-Vorsitzende in Treptow, Sophia Boche. Unterstützt wurde die Demo von der PDS Treptow, GewerkschafterInnen gegen Rassismus, der VVN – Bund der Antifaschisten und natürlich der SAV. Schon nachdem wir einige hundert Plakate geklebt hatten, bekam es Spottek mit der Angst zu tun und zog aus dem Haus aus.

Zur Demonstration selber kamen dann etwa 100 Leute. Das war weniger, als wir erwartet hatten. Enttäuscht waren wir vor allem von der PDS, die trotz vorheriger Zusage kaum anwesend war. Das lag vor allem an der PDS-Führung, die kurz vorher verlauten ließ, daß sie natürlich gegen Nazis ist, „gewalttätige Aktionen“ – damit meinte sie unser Outing, die öffentliche Bloßstellung – aber ablehne.

Nazis isolieren

Wir wissen nicht, ob einigen PDS-Leuten in Treptow bisher entgangen ist, daß die Gewalt in Treptow von Nazi-Kadern wie Spottek und Boche ausgeht. Wir wissen aber, daß man mit diesen Leuten nicht reden kann. Ihnen muß klar gemacht werden, daß sie im Stadtteil nichts mehr zu suchen haben. Ihre Namen, Adressen und Gesichter und Aktivitäten müssen bekanntgemacht werden. Sie dürfen in keinem Laden, keiner Kneipe mehr bedient werden.

Die PDS sollte sich das Beispiel der SPD in den 20er Jahren vor Augen führen, deren rein verbaler Antifaschismus mit dazu beigetragen hat, daß Hitler an die Macht kam. Mit Diskussionen und Vertrauen auf parlamentarische Mittel sind die Faschisten nicht aufzuhalten.

Daß die Anti-FAP-Kampagne bisher ein Erfolg war, zeigen so-

wohl der Auszug von Spottek als auch die Zustimmung der Bevölkerung. Vor allem die Bewohner der Straße, in der er wohnte, sind happy, daß dieser Typ verschwunden ist. Doch auf diesem Erfolg können wir uns nicht ausruhen. Noch ist die FAP in Treptow, noch existieren die sozialen Ursachen für Rassismus.

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus!

Die neue Broschüre der Sozialistischen Alternative VORAN: Was sagt die SAV zu Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Frauenfrage, Faschismus oder Umweltzerstörung – wie kann eine sozialistische Gesellschaft erkämpft werden?

Die Broschüre gibt's für 3 Mark + 1,50 Porto (per Vorkasse in Briefmarken) bei der Redaktion VORAN (Hansaring 4, 50670 Köln).



Aufbaufonds

Bis Redaktionsschluß sind 20 495 Mark für unseren Aufbaufonds gesammelt worden. Gegenüber der Bundeszentrale sind noch Schuldscheine in Höhe von DM 3173,75 offen. Wir appellieren an alle Schuldner, ihre Zahlungsverpflichtungen umgehend einzulösen. Außerdem brauchen wir weitere Spenden für unseren Aufbaufonds.

Die großen Parteien haben Millionen für ihre Materialschlacht im Wahlkampf zur Verfügung. Sie verdammen damit die Wähler und betreiben puren Stimmenfang. Wir kandidieren nicht. Aber wir wollen im Wahlkampf unsere sozialistischen Alternativen darstellen.

Wir produzieren Faltposter zu den Themen Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Umwelt, Kriminalität, Rassismus/Faschismus. Wir liefern Fakten, Argumente und unser Programm. Im Wahlkampf gibt es ein gesteigertes Interesse an Politik und verstärkte Auseinandersetzung mit den Parteien. Die Arbeiter und Jugendlichen haben derzeit keine Partei, die konsequent ihre Interessen vertritt.

Wählen reicht deshalb nicht. Wer was verändern will, muß

aktiv werden und sich organisieren. Die SAV wird sich im Wahlkampf als Organisation präsentieren, in der sich linke, kämpferische Leute organisieren sollen. Um viele mögliche Interessenten zu erreichen, brauchen wir viele Extraspenden.

Wir bekommen keine Steuergelder wie die großen Parteien und haben keine Finanziere. Wir sind angewiesen auf Spenden von Mitgliedern, Sympathisanten und Leser. Wir stehen nicht nur vom Programm her in den besten Traditionen der Arbeiterbewegung, sondern auch in der Frage der Finanzierung unserer Ausgaben. Wir appellieren an Euch alle: macht eine Spende für den Aufbaufonds.

Ursel Beck, Köln

Kampffonds

Nach einem recht gutem Ergebnis im 2. Quartal kommt es jetzt darauf an, daß der Kampffonds im Sommer einsackt. Im 2. Quartal wurden 25 128 DM oder 84 Prozent erzielt. Das ist das beste Ergebnis seit langem. Für das neue Quartal haben wir uns ein Ziel von 35 000 DM gesteckt.

Um im Sommer jetzt nicht in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten, ist eine gute Planung der örtlichen Aktivitäten unerlässlich. Gerade jetzt bieten sich

Spendensammlungen an, diese sind auch mit wenigen Leuten möglich.

In Kassel sammelten zwei GenossInnen rund 160 DM bei einer Kneipensammlung. Eine Genossin in Köln sammelte 168 DM beim Bob Dylan Konzert. Zum Unterschriftensammeln bieten sich entweder lokale Themen oder die zweisprachige Liste (deutsch und türkisch) zu den Verfahren gegen Ausländer in Magedeburg an.

Eine andere Möglichkeit, Geld zu sammeln sind Infostände bei Konzerten. Häufig wird man umsonst hereingelassen, wenn man vorher einen Infostand beantragt.

Fiz Garvie, Köln

Konto Aufbaufonds: VORAN
Kto-Nr. 870 386 300
Dresdner Bank
BLZ 370 800 40

2. Quartal 94	erreicht DM	% des Ziels	Ziel DM
Schleswig Holstein	48	8%	600
Bremen	490	41%	1200
Mecklenburg-Vorpommern	585	78%	750
Berlin	2700	60%	4500
Nordrhein-Westfalen	9657	92%	10500
Hessen	7417	137%	5400
Baden-Württemberg	3898	74%	5250
Sonstiges	333	19%	1800
Gesamt	25 128	84%	30 000

VORAN
Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604,
Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon _____

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Sozialistische Alternative VORAN

Treffen der Ortsgruppen

Rostock

Infos über Ort und Termine bei der SAV-Bundeszentrale

Aachen

Infos über Ort und Termine unter: 02 41 / 50 86 85

Berlin

Infos über Ort und Termine bei der SAV-Bundeszentrale

Siegen

Infos über Ort und Termine bei der SAV-Bundeszentrale

Bremerhaven

Infos über Ort und Termine unter: 04 71 / 20 09 92

Frankfurt/Main

Infos über Ort und Termine bei der SAV-Bundeszentrale

Lübeck

Infos über Ort und Termine bei der SAV-Bundeszentrale

Stuttgart

OG Südwest: Jeden Dienstag, 19.30 Uhr, Jugendhaus Heslach, Böblinger Str. 92
OG Nord: Jeden Dienstag, 19 Uhr, Jugendhaus Zuffenhausen, Bartensteiner Str. 11
OG Mitte: Ort und Termine bitte erfragen
Infos unter: 07 11 / 2 23 82 14

Kassel

Infos über Ort und Termine unter: 06 51 / 1 64 91

Köln

Mittwoch, 3. 8., 18.30 Uhr: "Nazi-Machtergreifung 33: Versagen von KPD und SPD", Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“, Melchiorstr. 3 (Nähe U-Bahn Ebertplatz)
Infos unter: 02 21 / 13 45 04

Freiburg

Treffen jeden Donnerstag, 19.30 Uhr
Infos über Ort und Themen unter: 0 76 63 / 45 29

... höchste Zeit, selbst aktiv zu werden! Darum möchte ich ...

- weitere Infos über Eure Arbeit.
- Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN werden ...

... und wir sagen Dir wo es in Deiner Nähe eine Ortsgruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon _____

Abschnitt schicken an: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Infotelefon: 02 21 / 13 45 05

Telefax: 02 21 / 13 72 80

Kohl und Co. tönen: Der Aufschwung sei da, die Marktwirtschaft stabil. Doch aus dem Unternehmerlager gibt es warnende Stimmen. Man solle die Lage nicht so rosig malen, die ArbeiterInnen könnten auf die Idee kommen, die Verschlechterungen der letzten Jahre wieder rückgängig machen zu wollen. Das würde wiederum die zarte Pflanze der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft schwächen.

Das Kapital und seine politischen Vertreter schwanken: Sollen sie die Arbeitslosigkeit nutzen, um Panik zu verbreiten und Löhne und Sozialleistungen abzubauen? Oder sollten sie selber Angst haben vor sozialen Explosionen?

Doch so frei sind die Herren nicht in ihrer Entscheidung. Ihr System wird uns keine Arbeit mehr beschaffen, eine riesige Sockelarbeitslosigkeit ist vorprogrammiert. Und die neu geschaffenen Jobs sind eben nur Jobs: Schlecht bezahlt, flexibel, nicht gesichert.

Dagegen hilft weder das Hoffen auf den Aufschwung noch Lohnverzicht. Dagegen hilft nur die Gegenwehr gegen Arbeitsplatzabbau und der Kampf für Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.



Immer mehr Arbei

Gezieltes Mittel zur Lohnsenkung

Früher kannte man sowas nur aus südlichen Ländern: Jugendliche, die im Berufsverkehr mit Putzeimer und Lappen am Straßenrand stehen, um auf Pfiff oder Hupen die Autofenster zu reinigen, Menschen, die Autoschlängen abwandern, um Zeitungen zu verkaufen oder vorgefertigte Lunchpakete anbieten. In Frankfurt/Main gehört das mittlerweile zum Alltag.

„Man erreicht das (die Bereitschaft zum Lohnverzicht, die Red.), indem man jedem heutigen oder potentiellen Beschäftigten die Angst vor der Arbeitslosigkeit in den Kopf hämmert ... wenn es eines bestimmten Sockels der Arbeitslosigkeit bedarf, um den Arbeitsmarkt aufzulockern, dann soll es so sein. Wenn der Terror des Schlange-stehens der Arbeitslosen die einzige Waffe ist, die die Vorherrschaft der Gewerkschaften wegfeigen kann, dann muß dieser Terror sein.“ So die britische

Unternehmerzeitung Financial Times am 28. 9. 93.

Das ist die Antwort von Unternehmern und Regierungen auf die Massenarbeitslosigkeit. Oder richtiger: Das ist es, wozu sie die Arbeitslosigkeit ausnutzen.

„Deregulierung“ heißt das nicht mehr so ganz neue Schlagwort. Im Klartext bedeutet das mehr Arbeitsstreß und niedrigere Einkommen. Notwendig dafür ist eine „Aufweichung tarifvertraglicher Vorschriften“, so die Monopolkommission des Bundeskartellamtes in ihrem Gutachten.

Tarifrunde

Dort wird vorgeschlagen, Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz zu ändern, um gesetzliche Öffnungsklauseln zu schaffen, damit von Betriebsvereinbarungen abgewichen werden kann.

Durch die Zustimmung der SPD im Bundesrat zur privaten Arbeitsvermittlung ist eine weitere Deregulierungsmaßnahme umgesetzt. Ähnlich wie bei Wohnungsmaklern wird auch hier ein Beruf gefördert, der am marktwirtschaftlichen Mangel verdient.

Die Zukunft zeichnet sich ab: Dumpinglöhne, Provisionen für die Arbeitsvermittlung, Bestechungen ... Die Langzeitarbeitslosen, sozial Schwachen und schwer Vermittelbaren fallen hinten runter.

Die Privaten picken sich Rosinen raus, Leistungen, die die Arbeitsämter auch erfüllt hätten. Worum es wirklich geht, sind Extraprofiten für die Unternehmer durch billige Arbeitskräfte. Jeder arbeitet für weniger Geld, buckelt mehr vor dem Chef, paßt sich an. Zusätzliche Arbeitsplätze werden dadurch nicht geschaffen.

Daneben will Bonn 1,5 Millionen Teilzeitarbeitsplätze „schaffen“. Dabei wird der Mangel auch nur umverteilt, oder anders ausgedrückt: Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich Null.

Noch mehr Menschen werden dabei unter die Sozialversicherungsgrenze rutschen. Sozialhilfeansprüche und Al-

tersarmut wären die Folge.

Das Vorgehen der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Mit dem Tarifbruch in der ostdeutschen Metallindustrie 93 wurde die Aushebelung von Tarifen geprobt, ein halber Sieg errungen. In der Chemie-Industrie wurden 1994 niedrigere Löhne für Berufsanfänger durchgesetzt, bei VW Arbeitszeitverkürzung und Leistungsverdichtung ohne Lohnausgleich erreicht, in der Metall- und Druckindustrie direkt oder indirekt flexible „Arbeitszeitkorridore“ geöffnet.

Durch die Privatisierung der Post und der Bahn werden Rechte der Beschäftigten abgebaut.

Vorbild USA

Die „Lösungen“ von Regierung in Kapital sind Schikanen gegen Arbeitslose und die Verbilligung von Arbeitskräften, sprich einer Erhöhung der Profite.

Doch schon in den 80er ist der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen von 75 auf unter 66 Prozent gefallen, der des Kapitals entsprechend gestiegen.

Doch was haben die Unternehmer mit diesen Extraprofiten während des Aufschwungs getan? Teils wurde es in Devisengeschäften (500 Millionen DM allein bei VW), teils in dubiosen Ölgeschäften (600 Millionen DM bei der Metallgesellschaft) verspekuliert, teils auch in Immobilien angelegt. Die Gewinne von heute sind eben nicht die Arbeitsplätze von morgen.

Als großes Vorbild bei der Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Aushebelung der Tarife und des Lohnverzichts dienen die USA. Seit 15 Jahren haben dort die Gewerkschaften diese Politik akzeptiert. Seitdem sind dort die Real-löhne um 19 Prozent gefallen. Es gibt

viele neue Arbeitsplätze. Doch mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, wie wir sie bisher kannten, hat das wenig zu tun. Es handelt sich um die massenhafte Abschaffung tariflich geschützter Arbeitsplätze und deren Umschichtung auf eine Form modernen Tagelöhntums.

Die entlassenen Autoarbeiter mußten Mindestlohn-Jobs in Hamburger-Buden annehmen. Viele Familien brauchten statt einem zwei Berufstätige, um das gemeinsame Einkommen zu halten.

Doch nach all diesen Opfern, nach einer gewaltigen Umverteilung von unten nach oben, sind nach wie vor 17 Millionen in den USA arbeitslos oder ohne regelmäßige Arbeit.

Kein Wunder, daß ein neuer Komet

Arbeitslose, Lohnkürzung, Kinderarbeit...

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, - Bericht vom April 1994) hat die Zahl der Arbeitslosen in den letzten zwei Jahren weltweit auf 120 Millionen zugenommen, weitere 700 Millionen sind unterbeschäftigt.

Weltweit mußten Arbeitnehmer stagnierende Löhne hinnehmen, was durch die Inflation Reallohnverluste bedeutet. In vielen Ländern wurden tatsächliche Lohnsenkungen durchgedrückt. Dies vor allem in den armen Staaten, in denen sich auch die Schattenwirtschaft weiter ausgedehnt hat.

Unter Schattenwirtschaft versteht die ILO Arbeit ohne soziale Absicherung in einem ungeordneten Verhältnis. In Südamerika ist der Anteil der Schattenwirtschaft auf 32 Prozent angewachsen. Tagelöhner und Wanderarbeiter dienen als zusätzliche Lohndrücker.

Die Teilzeitarbeit ist weltweit auf dem Vormarsch, ebenso wie die Kinderarbeit in den armen Ländern. Ein Beispiel: in Indonesien arbeiten 2,5 Millionen Kinder im industriellen Sektor (Frankfurter Rundschau vom 20. 6. 94). In manchen Industriegebieten stellen Minderjährige sogar die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen.

Allein in den Fabriken von Tangerang sind 50 000 Kinder zwischen 9 und 14 Jahren beschäftigt. Acht bis zehn Stunden täglich, an sechs bis sieben Tagen in der Woche, für durchschnittlich 20 Mark Monatslohn.

Die ILO schätzt, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt zukünftig eher noch schärfer wird.



Wieviele fehlen wirklich?

Viele Arbeitssuchende befinden sich zur Zeit in verschiedenen Warteschleifen, machen eine Umschulung oder Fortbildung oder sind über Vorruhestand und Sozialpläne vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Viele fallen auch einfach aus der Statistik raus, weil sie als nicht mehr vermittelbar oder arbeitsunwillig betrachtet werden (sog. stille Reserve).

Jahr	Fehlende Arbeitsplätze
1991	4,6 Millionen
1992	5,7 Millionen
1993	6,6 Millionen
1994	7,0 Millionen

Markt ohne Arbeit

Nach Ansicht des Münchner Ifo-Instituts befindet sich Deutschland derzeit am Beginn einer neuen Phase, „in der nicht Wachstum, sondern Rationalisierung den Beschäftigungstrend bestimmt, in der bestehende Arbeitsplätze verteidigt werden, aber nur wenig neue entstehen“. (Frankfurter Rundschau 14. 6. 94)

weil wir auf dem Weg in die „Dienstleistungsgesellschaft“ seien, entpuppt sich als reine Beruhigungsspielle.

Profitprinzip versagt

Mit der Massenarbeitslosigkeit als Dauerproblem hat sich die „Normalität“ der Marktwirtschaft durchgesetzt. Die Sonderkonjunktur des Aufschwungs nach dem 2. Weltkrieg ging in den Siebziger zuende und kommt nicht wieder, wie die Kapitalismus-Gläubigen nach dem hektischen 80er-Aufschwung und dem Zusammenbruch Osteuropas dachten.

Die Marktwirtschaft ist außerstande, die ständigen Verbesserungen der Technik zum Wohle aller Menschen zu nutzen. Daß von Jahr zu Jahr mit immer weniger Beschäftigten immer mehr, immer bessere und immer billigere Güter produziert werden können, stellt im Grunde einen großen Fortschritt dar – man denke etwa an Preise und Qualität von Videorecordern vor ein paar Jahren und heute.

Viel Arbeitszeit wird eingespart, die man für andere Zwecke verwenden könnte, für Weiterbildung, mehr Frei-



tabel verkauft werden kann.

Stimmen die Profiterwartungen nicht mehr, sind Betriebsstillegungen und Entlassungen die Folge. Erwerbslose ArbeiterInnen können natürlich noch weniger kaufen, wodurch die „Überproduktion“ durch eine sinkende Nachfrage ergänzt wird.

Passiert dies in mehreren Branchen gleichzeitig und kommt noch ein Schuß Zukunftsangst hinzu, der das Management von Investitionen abhält, so ist die Krise da.

Ausnahmesituation

Bis Anfang der siebziger Jahre konnten deutsche Unternehmen im Ausland noch genügend neue Märkte erobern, um dennoch beinahe eine Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Produktion war so profitabel, daß die Gewerkschaften mit Hilfe kontrollierter und begrenzter Arbeitskämpfe den Unternehmern historisch beispiellose Zugeständnisse abtrotzen konnten. Der Lebensstandard der Arbeitnehmer stieg kontinuierlich, von Ausnahmen wie der kurzen Krise von 1967 abgesehen.

Der lange Nachkriegsaufschwung hatte in Deutschland die Illusion entstehen lassen, Gewerkschaften und Unternehmer könnten durch die Politik der Konfliktvermeidung, Sozialpartnerschaft genannt, für alle Zeiten ein ausreichendes Wachstum sichern helfen. Anfang der Siebziger jedoch begannen sich ernste Probleme anzudeuten.

Es wurde offensichtlich, daß das Heer der Arbeitslosen nach jedem Konjunktural wieder ein Stückchen größer sein würde. 1971 wurden in Deutschland 185 072 Arbeitslose gezählt, heute sind es bereits knapp sechs Millionen.

Seit der Mitte der Siebziger geht es nicht mehr um ein „normales“ Auf und Ab von Krisen und Aufschwüngen. Eine immer weiter ansteigende Sockelarbeitslosigkeit weltweit und in den führenden Ländern wie der BRD ist eines der Hauptkennzeichen dieser Epoche, in der das kapitalistische System den technischen Fortschritt immer weniger in den Fortschritt der Gesellschaft verwandelt, sondern mehr Menschen auf den Müllhaufen Arbeitslosigkeit wirft und aus den restlichen Arbeitenden mehr Leistung herauspreßt.

Dies wissen auch die bürgerlichen Parteien. Sie reden – natürlich nicht in Wahlkampfreden, sondern in Studien – davon, daß die Arbeitslosigkeit bis ins nächste Jahrtausend auf der jetzigen Höhe bleiben wird. Sie können damit gut leben – wir nicht.

**Autoren der Seiten 6 und 7:
Kai und Dirk, Frankfurt;
Claus Ludwig, Köln**

Arbeit planmäßig verteilen

Unsere Gesellschaft ist weit entwickelt. Mit immer weniger Arbeit werden immer mehr Güter produziert. Die wachsende Produktivität wird jedoch nicht zum Wohle der Produzenten, zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt.

Die Profite wandern in die Taschen der Konzernherren und Aktienbesitzer. Erzielte Gewinne werden von Unternehmern, die diese Bezeichnung nicht verdienen, nicht investiert, sondern bei Währungs- und Aktienspekulationen eingesetzt.

Andererseits wird immer mehr Verantwortung für die eigentliche Produktion auf die Arbeiter in den Fabrihallen übertragen. In größeren Betrieben werden Arbeitsgruppen eingesetzt, um eine höhere Produktivität zu erreichen.

In der Automobilindustrie sind Gruppenarbeit und „schlanke Produktion“ (lean production) an der Tagesordnung.

Die Vorschläge der Belegschaften werden nur umgesetzt, wenn sie direkt Profit bringen. Sie haben keine Entscheidungsgewalt. Sie haben keinen Einfluß darauf, was und wie produziert wird. Sie können nur Vorschläge einbringen, wie sie sich und ihre Kollegen am besten überflüssig machen.

Viele echte Verbesserungsvorschläge werden in den Betrieben dagegen gar nicht umgesetzt. Das fängt mit sanitären Anlagen in kleinen Betrieben an und reicht bis zum Arbeitsschutz in größeren Firmen. Auch Vorschläge von Belegschaften von Rüstungsfirmen, wie denn endlich auf zivile Produktion umgestellt werden kann, werden aus Profitinteressen nicht aufgegriffen.

Enorme Verschwendung

Doch die Einbeziehung der ArbeiterInnen zeigt, daß die Konzernherren, die so viel auf ihre „unternehmerische Entscheidung“ halten, ihre „lieben Mitarbeiter“ in Verantwortung einbeziehen wollen, um die Produktivität und damit die Profite zu steigern.

Von den Möglichkeiten der Produktion, von der Arbeitsteilung und Ausbildung der Beschäftigten her war die Welt noch nie so nah dran an einer Gesellschaft, die die Bedürfnisse aller deckt, in der jeder seine Fähigkeiten einsetzt, um die Gesellschaft weiterzubringen. Doch der Kapitalismus war auch noch nie so weit davon entfernt, die Menschheit vorwärtszubringen.

Immer weniger werden die Fähigkeiten der Menschen und die Fortschritte der Wissenschaft genutzt. Nur ein Teil der Menschen hat Arbeit. Diese dürfen sich dafür durch Überstunden und Verdichtung der Arbeit kaputt machen. Die Arbeitskraft von 120 Millionen Menschen bleibt ungenutzt, diese gehen durch Arbeitslosigkeit kaputt. Die Kosten dafür werden nicht von den Unternehmern getragen, die lediglich die Vorteile von Produktivitätssteigerungen einstreichen, sondern von den Lohnabhängigen, durch Steuern und Abgaben.

Arbeitszeitverkürzung

Dieser ungeheuren Verschwendung, dieser Unfähigkeit des Kapitalismus, das menschliche und wissenschaftliche Potential zu nutzen, stellen wir die planmäßige Verteilung der Arbeit auf alle gegenüber. Eine massive Arbeitszeitverkürzung würde es sofort ermöglichen, allen Arbeit zu geben und würde die Arbeitenden entlasten.

Das kann nicht finanziert werden? Heute kostet es in Deutschland 45 000 DM jährlich, einen Menschen vom Ar-

beiten abzuhalten. Dieser Mensch produziert nichts, sondern seine Ausbildung geht verloren, viele Langzeitarbeitslose werden krank. Würden die Fähigkeiten aller genutzt, würde sich niemand mehr kaputtarbeiten oder vom Arbeiten abgehalten, würde das die Gesellschaft insgesamt nicht mehr kosten. Aber die Produktion wäre für die Konzerne nicht mehr profitabel. Der sinnvolle Einsatz von Arbeitskräften würde



Privatisierung und Deregulierung führen zum Abbau von Arbeitsplätzen und Löhnen

mit der privaten Aneignung des Profits zusammenstoßen.

Das Kapital kann nicht per Gesetz gezwungen werden, die Profite zu beschneiden und die Arbeit gleichmäßig zu verteilen. Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, muß der Markt außer Kraft gesetzt werden. Den Kapitalisten muß die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel genommen, sie müssen enteignet und die Betriebe unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten verstaatlicht werden.

Erst unter ihrer Kontrolle können die arbeitenden Menschen die volle Verantwortung, im sozialen und ökologischen Interesse wirtschaften und im Interesse der gesamten Gesellschaft die Produktivität steigern.

„Unternehmer“

In den letzten Jahren hat sich zwar die Produktion nur gering ausgeweitet, doch die Spekulation bricht sämtliche Rekorde. Allein der weltweite Handel mit Währungen hat sich von 620 Milliarden Dollar (1989) auf 5000 Milliarden Dollar täglich (1994, geschätzt) verzehnfacht.

Die Geschäfte entfernen sich auch weiter von ihrem Ausgangspunkt, der Produktion. Eine neue Variante dieses Glücksspiel-Kapitalismus ist der Handel mit sogenannten Derivaten („Abkömmlinge“). Wer Derivate kauft, erwirbt Anteile an Firmen, die mit allem handeln, was aktuell einen schnellen Gewinn verspricht: Firmen, Aktien, Währungen, Rohstoffe.

Anstatt in Dinge zu investieren, die für die Menschen notwendig sind, ob Wohnungen oder Infrastruktur, spekulieren Unternehmer nicht einmal mehr selbst, sondern „wetten“ darauf, daß andere Unternehmen mit ihrer Spekulation Erfolg haben.

Die Schätzungen lauten, daß sich der Derivat-Handel weltweit auf 50-70 Billionen Dollar (50 000 000 000 000) beläuft.

1971 waren in der BRD 185 072 arbeitslos, heute sind es bereits knapp sechs Millionen.

1991 gab es in Deutschland noch 36,4 Millionen Arbeitsplätze, 1994 waren es nur noch 34,8 Millionen. Der Bedarf an Arbeitsplätzen stieg im gleichen Zeitraum um 800 000 auf 41,8 Millionen, so daß inzwischen 7 Millionen fehlen.

Ein gutes Beispiel dafür ist Frankfurt. Von 1980 bis 1992 wurden in keiner

tslose

anderen Stadt mehr neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Verluste der verarbeitenden Industrie durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich konnten ausgeglichen werden.

Doch eine Studie des Landesarbeitsamtes belegt jetzt, daß von Juni 92 bis Juni 93 13 800 Stellen verloren gingen und nur 4300 Jobs geschaffen wurden. Ursache: Inzwischen wird auch bei den

zeit oder auch für die Herstellung anderer Güter. Die Marktwirtschaft weiß damit allerdings nichts Sinnvolles anzufangen.

Das liegt daran, daß es dem Unternehmer nicht um die Produkte geht, sondern um die Gewinne, die er aus deren Verkauf Erlösen kann. Für ihn ist das Unternehmen in erster Linie eine Anlagemöglichkeit für sein Geld.

„Der Zustand der Vollbeschäftigung war in der 44jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nur eine Ausnahmesituation; er dauerte ... nur zwölf Jahre.“

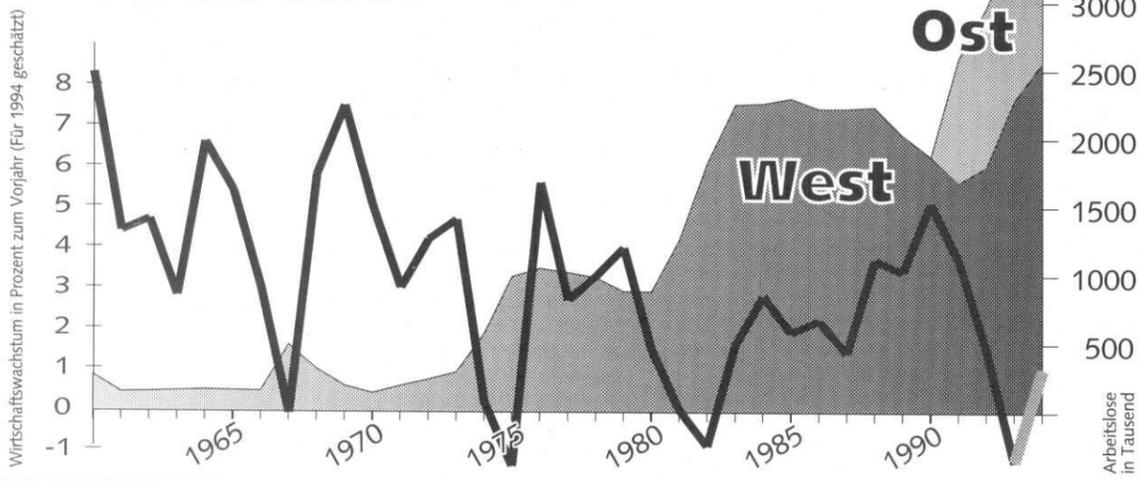
Ingrid Kurz-Scherf, Abteilung Tarifpolitik beim DGB

Banken und Versicherungen rationalisiert. Im öffentlichen Dienst, auch beim Arbeitsamt selbst, werden Stellen eingespart. Kein Beruf gilt mehr als krisensicher. „In welche Richtung sollen wir denn jetzt umschulen?“ Bei Banken und Konzernen wird trotz guter Ertragslage rationalisiert.

Das Argument, Jobs in „Alt-Industrien“ könnten ruhig abgebaut werden,

Und wenn der Einsatz von Kapital bei Währungs- oder Aktienspekulationen sich mehr lohnt als die Investition in Fabriken, dann unterbleiben diese Investitionen. Sie unterbleiben vor allem dann, wenn die Zahl der zu verkaufenden Produkte sinkt. Dann gibt es eine „Überproduktion“. Zu viel oder zu wenig bemißt sich jedoch nicht danach, was gebraucht wird, sondern was profi-

Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in Deutschland 1960-94



Französische Truppen raus aus Ruanda!

Seit der Ermordung des Diktators Habyarimana sind binnen drei Monaten wahrscheinlich 600 000 Menschen einem der größten Massaker der Geschichte zum Opfer gefallen. Mehr als die Hälfte der 8,3 Millionen Einwohner sind auf der Flucht.

Gaétan Kayitare, Aachen

Wer ist für das Blutbad verantwortlich? Die Medien stellen den Massenmord meist als einen Stammeskonflikt dar, nach dem Motto „Hutus bringen Tutsi um und die Tutsi-Rebellen der RPF (Ruandische Patriotische Front) kämpfen gegen die Regierung der Hutu-Mehrheit“.

Das Massaker wurde jedoch nicht einfach von der Hutu-Mehrheit verübt, sondern systematisch von der Miliz des Diktators mit Hilfe der Armee durchgeführt. Sie haben nicht nur Tutsis, sondern auch oppositionelle Hutus, besonders die Führer der Oppositionsparteien umgebracht. Die größte Verantwortung trägt dafür Frankreich, das seit 1978 seine schützenden Hände über das Militärregime hält, die Armee und Miliz ausgebildet und bewaffnet hat.

Imperialistische Invasion

Seit dem US-Einmarsch in Somalia ist es Mode geworden, militärische Invasionen als humanitäre Hilfe zu tarnen. Frankreich hat ruhig zugeschaut wie seine Schützlinge Hunderttausende abschlachteten.

Der Einmarsch jetzt dient einzig zur Sicherung der eigenen Einflusssphäre und zur Rettung der Reste des Militärregimes vor der totalen Niederlage gegen die RPF. Würde der französische Imperialismus tatenlos das von ihm unterstützte Militärregime fallenlassen, wären seine zahlreichen Schützlinge in Afrika, vor allem der Diktator Mobutu im benachbarten rohstoffreichen Zaire, beunruhigt.

Die Polizisten-Rolle Frank-

reichs in Afrika wäre angekratzt und einige Diktatoren könnten sich nach anderen Beschützern umsehen.

Der Kampf zwischen Frankreich, der USA und England um Einflusssphären hat auch nach der Kolonialzeit Bürgerkriege wie den Biafra-Krieg in Nigeria in den sechziger Jahren entfacht. Frankreich unterstützte als einziger Staat der Welt die Abspaltung der ölfreien Biafra-Provinz von Nigeria, einem englischen Einflusssphäre, mit Diplomatie und Waffen.

In Ruanda halfen kleinere Kontingente französischer Elite-Truppen bereits 1990 und 1993

Frankreich, nur die jubelnde Menge in der französischen „Schutzzone“ gezeigt haben. Sie vergaßen dabei zu erwähnen, daß die „Schutzzone“ die letzte Bastion der Mörderbanden ist.

Sieg der Rebellen

Mit massiver Propaganda, wonach die RPF Hutus umbringen würde, heizen Frankreich und die geschlagenen Kräfte der Militärdiktatur die Massenflucht der Hutus in ihre Zone und nach Zaire an.

Die Niederlage des Militärregimes ist allerdings nicht mehr zu verhindern. Doch Frankreich

setzt. Doch es ist zu befürchten, daß die Operationsbasis im grenznahen Gebiet Zaires ausgebaut wird, um weiterhin Druck auf die neue ruandische Regierung auszuüben und zugleich die zairische Opposition gegen Mobutu einzuschüchtern.

Ein vollständiger Sieg der RPF und ein Rausschmiß der französischen Truppen wäre ein wichtiger Schritt nicht nur für das kleine Land Ruanda, sondern für das gesamte Afrika im Kampf gegen die imperialistische Herrschaft.

Die RPF ist in Uganda von Nachkommen der Tutsi-Flüchtlinge aus den Jahren 59/60 ge-



So wollen sie dargestellt werden: Als rettende Engel für die „armen Menschen“ in Afrika. Doch die französischen Truppen schützen die Mörderbanden der gestürzten Diktatur.

dem Militärregime, den Vormarsch der RPF zu stoppen. Die beiden Interventionen wurden jeweils unter dem Deckmantel der Evakuierung europäischer Bürger durchgeführt. Die RPF betrachtet nicht zuletzt aus dieser Erfahrung den französischen Einmarsch zurecht als eine imperialistische Invasion.

Zehntausende demonstrierten gegen Frankreichs Einmarsch, obwohl die Medien, vor allem in

versucht jetzt, das Land zu teilen und ein Schlupfloch für die Überreste des Regimes zu schaffen, um ein Druckmittel gegen die zukünftige RPF-geführte Regierung in der Hand zu haben.

Die RPF-Führung hat leider auch schon Kompromißbereitschaft signalisiert, zum Beispiel durch die Duldung der französischen Truppen bis Ende Juli. Dieses Datum hat Frankreich für den Abzug seiner Truppen ge-

gründet worden. Sie hat sich aber schnell zu einer multi-ethnischen Organisation entwickelt, in deren Führung auch Hutus sitzen.

Sie kann das Blutbad beenden und die Einheit des Landes herstellen, aber dauerhaft Frieden und Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere ist nur zu erreichen, wenn die RPF-Führung auch bereit wäre, mit dem Kapitalismus zu brechen. ■

Tschechien

Illusionen in den Markt bröckeln

Anfang Juli traf sich ein Dutzend Arbeiterjugendlicher auf einem Campingplatz in der Nähe von Karlovy Vary (Karlsbad) nicht um sich in dem berühmten Kurort in der Sonne zu aalen, sondern um eine neue marxistische Organisation zu gründen.

Aron, Stuttgart

Obwohl sie ohne weiteres in zwei Ladas Platz hätten, haben sich die UnterstützerInnen der Zeitung *Budoucnost* („Zukunft“) viel vorgenommen. Zu recht.

Vor einem Jahr organisierten sie in Prag eine Demo gegen Rassismus und Faschismus mit über 1000 Beteiligten. Vor ein paar Monaten verhinderten sie in Chodov, Westböhmen, zusammen mit Sinti und Roma aus dem Ort ein Nazi-Konzert. Ein anderes Mal haben 70 Faschisten im gleichen Ort versucht, ein *Budoucnost*-Treffen zu sprengen – erfolglos.

„In meinem Kaff, in Chodov, gibt es eine heimliche Grenze, mitten im Ort, wo die Wohnsiedlung der Sinti und Roma auf ein Viertel stößt, in dem Neonazis offen terrorisieren“, so Honza, der in einem Sanatorium arbeitet. Die tschechischen Neonazis wittern Morgenluft. Sinti und Roma dagegen, bereits in der stalinistischen Tschechoslowakei benachteiligt, werden weiter schikaniert. „Wir werden rumgeschubst. Ich muß dauernd meinen Job wechseln. Damit ich die Klappe halte, werde ich geheuert und gefeuert, wie es denen da oben paßt“, so Margarita aus Prag. In der Tschechischen Republik sind heute 5 Prozent der Bevölkerung Sinti und Roma, nachdem 1945 nach der

verdient bereits und muß immer noch zu Hause wohnen. Ich bin nur über Verwandte an eine Studentenbude ran gekommen“, berichtet Vasek aus Prag.

Illusionen und Enttäuschung

Noch gilt die Hoffnung, daß der Anschluß an den Westen gelingt. Wären heute Wahlen, würde die bürgerliche Klaus-Regierung eine absolute Mehrheit einheimen. Dennoch gingen im März 50 000 ArbeiterInnen in Prag auf die Straße um für die „Vollendung der Novemberrevolution 89“ zu demonstrieren. Gleichzeitig setzten sie sich gegen ein neues Arbeitsrecht zu Wehr. Immerhin 50 Prozent der Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert.

„Viele Kollegen haben gemeint, daß wir vor 2,3 Jahren doch recht hatten, als wir vor den Folgen der Marktwirtschaft warnten. Wir mußten bei den Parlamentswahlen gegen den Strom schwimmen, als wir gegen die Ideen der bürgerlichen Kandidaten argumentierten“, erinnert sich Petr, Postler aus Prag. „Mir haben Kollegen gesagt, was ihre Meinung ist: Das einzige, was heute noch funktioniert, ist die Korruption“, so Vasek.

Zerfall der Ex-„Kommunisten“

Während in Tschechien Hoffnung dominiert, herrscht in der Slowakei, dem Armenhaus der ehemaligen CSSR, Hoffungslosigkeit und Wut. Das hat zum Sturz der Meciar-Regierung geführt. Im Herbst finden vorgezo-

„Viele Kollegen haben gemeint, daß wir vor 2,3 Jahren doch recht hatten, als wir vor den Folgen der Marktwirtschaft warnten.“

Petr, Postler aus Prag

Massenvernichtung unter Hitler nur 50 Familien übrig waren.

Am Tropf der BRD

Die Wirtschaft der Tschechischen Republik hängt am Tropf Westeuropas. Das Land wird, ökonomisch gesehen, immer mehr zum Satellitenstaat des wiedervereinigten Deutschland. Unfähig, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln, setzt die neue Kapitalistenklasse auf Dienstleistungen und Tourismus. In den ersten 4 Monaten haben 7 Millionen Touristen Prag besucht – bei einer tschechischen Gesamtbevölkerung von 10 Millionen.

Die Preise und der Touristenschnickschnack auf dem Prager Wenzelsplatz erinnern an den Champs-Élysées oder den Berliner Kudamm. Eine Straße weiter hocken die normalen Leute aus Prag in armseligen Kneipen, die genauso karg sind wie in der Zeit vor 1989.

60 Prozent der Betriebe sind in privaten Händen. Seit 1989 ist die Industrieproduktion um 30 Prozent zurückgegangen. Die 200 Mark Beitrag für das internationale JRE-Camp entsprechen einem Monatslohn – und das bei galoppierenden Preisen. „Selbst Wohnungen sind kaum noch bezahlbar. Mein Bruder

gene Neuwahlen statt. Eine neue linke Formation „Arbeiterunion“, von einem Abgeordneten der Ex-Kommunisten gegründet, liegt in den Umfragen (Juni) bei 6 Prozent.

Die UnterstützerInnen der Zeitung *Budoucnost* stehen in Kontakt mit dieser Partei. In der Tschechischen Republik gehen die GenossInnen davon aus, daß sich in der nächsten Zeit zunächst in den Gewerkschaften Widerstand regt.

Die Ex-KP wird durch Spaltungen und Abspaltungen zunehmend geschwächt. Kürzlich haben zwei rechte Gruppierungen der Partei den Rücken gekehrt. Die ehemalige KP und ihre Abspaltungen finden bei Umfragen gerade noch bei 10-15 Prozent Zustimmung.

Die MarxistInnen von *Budoucnost* halten es für möglich, daß sich Gewerkschaftsaktivisten zu einem späteren Zeitpunkt eine völlig neue unabhängige Arbeiterpartei ins Leben rufen werden.

Entscheidend sind nicht Organisationsform und Strukturen, sondern das Programm. In diesem Juli wurde in Karlovy Vary der Grundstein dafür gelegt, daß in der tschechischen und slowakischen Arbeiterbewegung wieder ein sozialistisches Programm verankert wird. ■

Präsidentenwahlen in Mexiko

Die Lunte brennt

Mexiko, das Mode-Urlaubsland. Doch plötzlich wird die Öffentlichkeit durch den Aufstand in Chiapas im Januar aufgeschreckt.

Alex, Köln

Seit jeher sind die Indígenas die ärmste und unterdrückteste Schicht der mexikanischen Gesellschaft, besonders im Bundesstaat Chiapas: 58,9 Prozent der Erwerbstätigen verdienen weniger als DM 200 – bei Lebenshaltungskosten die wenigstens in den Städten kaum geringer sind als hier. 1992 starben über 3000 Chiapaneken an Folgen von Unterernährung.

Lebensstandard sinkt

Die weltweite Krise hat Mexiko auf den Kurs knallharter Sparpolitik getrieben. Die Privatisierung von Staatskonzernen – in der mexikanischen Revolution waren insbesondere die ausländische Erdölindustrie Anfang der 30er Jahre verstaatlicht wor-

den – hat den Ausverkauf des Landes eingeleitet.

Beispiele für die Niederschlagung von Gewerkschaften einhergehend mit Lohnsenkungen und Angriffen auf die Arbeitsrechte sind die Ford Company, die 1987 ihre gesamte Belegschaft entließ, um den kollektiven Tarifvertrag zu brechen und die VW-Werke, die 1992 nach einem Streik 14 000 Beschäftigte entlassen haben, weil sie sich in einer unabhängigen Gewerkschaft organisiert hatten – Wiedereinstellung nur bei Verzicht auf die unabhängige Organisation.

Die Haupttätigkeit der Revolution, – festgehalten im Artikel 27 – der Schutz des Grund und Bodens der Indígena-Gemeinden wurde dahingehend geändert, daß der Besitz privatisiert werden darf.

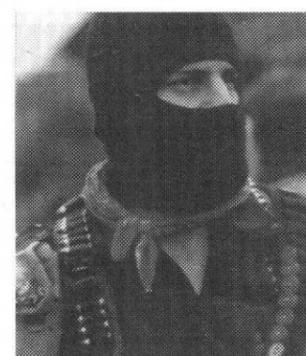
Krönung dieser Politik der Reichen ist das Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada (NAFTA), das Mexiko zum Ausverkauf nach Nordamerika freigibt. Der Export von

Rohstoffen und Agrargütern wird erleichtert und verstärkt das Ausbluten des Landes. Der Status Mexikos als von den USA abhängiges Billiglohnland und Rohstoffexporteur wird zementiert.

Wahlen im August

Vor diesem Hintergrund wird am 21. August gewählt. Die Polarisierung zwischen arm und reich ist extrem gewachsen. Während die Mindestlöhne um 60 Prozent gefallen sind, 86 Millionen Mexikaner als arm und 19 Millionen als extrem arm gelten, Hunger und Cholera wieder in die Elendsviertel eingekehrt sind, leben in Mexiko nach den USA, der BRD und Japan die meisten Dollarmillionäre!

Der Aufstand der Zapatisten im Januar hat in der Bevölkerung enorme Resonanz gefunden und zu Streiks und Demonstrationen ermutigt. Das EZLN (Zapatistisches Befreiungsheer) fordert die Bevölkerung zum



Subcommandante Marcos

Kampf – mit und ohne Waffen auf und unterstützt die Wahlen.

Zum ersten Mal seit 65 Jahren steht für die Regierung der PRI („Partei der institutionalisierten Revolution“) die Macht auf dem Spiel. Es ist fraglich, ob sie angesichts der explosiven Lage einen Wahlbetrug wie 1988 riskiert. Fraktionskämpfe innerhalb der PRI deuten gleichzeitig auf hartes Durchgreifen hin. Der Dialog mit dem EZLN ist abgebrochen. Die Regierung hat Bürgerkriegs-ausrüstung für mehrere 100 Millionen DM gekauft. Doch auch mit den Zapatisten sympathisieren Millionen. ■

Vor 80 Jahren: Beginn des 1. Weltkrieges



Bei Kriegsausbruch herrschte noch Begeisterung – nicht zuletzt, weil die Arbeiterführer mit den monarchistischen Kriegstreibern und Konzernherren ihren „Burgfrieden“ geschlossen hatten.

1914: SPD stimmt dem Krieg zu

Als Lenin die *Vorwärts*-Ausgabe sah, die die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten verkündete, dachte er zuerst an eine Fälschung des deutschen Generalstabes. Doch dann wurde das Ausmaß des Niedergangs der Sozialdemokratie deutlich.

Torsten, Siegen

Im August 1914 stimmte die SPD den Kriegskrediten zu, mit denen der imperialistische Raubzug finanziert wurde. Die Arbeiter der verschiedenen Länder wurden aufeinander losgehetzt, um für die Kapitalisten

Land und Absatzmärkte zu erobern.

Wie war es möglich, daß so ein Weltgemetzel geschehen konnte? Das System der freien Konkurrenz entwickelte sich durch immense Monopolisierung der Industrie und Banken mit Expansionsstreben über die Nationalstaatsgrenzen hinaus zum Imperialismus. Dies hatte natürlich erhebliche Auswirkungen auf die Handlungen der Staatsführer.

Der deutsche Kapitalismus entwickelte sich einiges später als zum Beispiel der englische oder französische.

Mit der Reichseinigung von 1871 folgte allerdings eine rasante Entwicklung, so daß etwa Deutschlands Stahlproduktion die von Großbritannien schnell überholte (1870 beide 0,2 Millionen t, 1913 Deutschland 18,3, England 7,7 Mio. t).

Kriegsvorbereitungen

Die Konkurrenten hatten bereits in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts große Teile Afrikas und Asien untereinander aufgeteilt, um sie auszubeuten.

Deutschland dagegen blieb

wegen der verspäteten Entwicklung nur der karge Rest. So war der Konflikt des expansionistischen deutschen Finanzkapitals mit den alteingesessenen Mächten vorhersehbar.

Es entstand ein Reihe von Krisen (Marokko, Balkan) wo die Superreichen die Welt an den Rand der Katastrophe brachten.

Um für den Ernstfall gewappnet zu sein, setzte die herrschende Klasse auf Militarisierung. So setzte ab 1898 ein massiver Ausbau der Reichsmarine ein. Begleitet wurde dies von einem ideologischen Sturm. So schossen Flotten- und Wehrvereine oder etwa der alldeutsche Verein aus dem Boden, um der Arbeiterklasse die Selbstverstummlung anzupreisen.

Eilig wurden schon von vorneherein Pläne für die besetzten Gebiete ausgearbeitet. So entwickelte sich die Lage in den Jahren vor 1914 immer spannungsgeladener. Als dann 1913 eine Überproduktionskrise ausbrach, bedurfte es nur noch des zündenden Funkens, um die Sache zum Explodieren zu bringen.

Als dann am 28. 7. 1914 der österreichische Thronfolger in Sarajewo von serbischen Nationalisten ermordet wurde, hatten die Kapitalisten eine günstige Gelegenheit, einen Grund für ihren verbrecherischen Krieg zu nennen.

Über die bürgerlichen Medien wurde ein nationalistischer Freudentaumel inszeniert, von dem auch große Teile der Arbeiterklasse geblendet wurden. Vielfach stieg der Nationalismus über das sozialistische Klassenbewußtsein.

Eines hätte jetzt noch einen Krieg verhindern können: Der entschiedene Widerstand der sozialistischen Parteien der Arbeiterbewegung. Auf internationalen Sozialistenkongressen in Stuttgart 1907 und in Basel 1912 wurde noch die brüderliche Solidarität und für den Fall

des Krieges ein internationaler Generalstreik beschworen.

Tatsächlich forderte wenige Tage vor Kriegsausbruch die Zeitung des SPD-Parteivorstandes, „Vorwärts“, noch zu Aktionen gegen den drohenden Krieg auf. Daraufhin folgten auch Tausende den Aufrufen und organisierten Massendemonstrationen und Anti-Kriegs-Streiks.

Am 4. August geschah jedoch

Die Zustimmung zu den Kriegskrediten war nur die letzte Konsequenz der Anbindung an das kapitalistische System.

für viele das Unfaßbare. Im Reichstag stimmte die SPD fast geschlossen den Kriegskrediten zu. Auf einmal behaupteten die SPD-Führer und die der anderen sozialdemokratischen Parteien, Arbeiter aus anderen Länder umzubringen wäre fortschrittlich. Französische Sozialisten „verteidigten die Demokratie“ gegen das Kaiserreich, SPDler wehrten sich gegen den „reaktionären russischen Zarismus“.

Bürokratisierung

Der Gewerkschaftsdachverband ADGB schloß mit den Unternehmern den „Burgfrieden“. In diesem wurde bekräftigt, für die Zeit des Krieges jegliche Streiks gemeinsam zu unterbinden. Damit gab die Führung das wirksamste Mittel im Kampf gegen den Krieg aus der Hand.

Daß die SPD wie die Arbeiterparteien der anderen Länder so unverblümt auf die Seite des Kapitals übergang, war kein Zufall.

Längst redete die SPD noch sonntags von Revolution und Sozialismus und praktizierte in der Tagespolitik Klassenzusammenarbeit statt Klassenkampf. Funktionäre der Sozialdemokratie und der ihr nahestehenden Gewerkschaften verdienten schon damals das

Doppelte und Dreifache eines einfachen Arbeiters.

Auf der Grundlage des Wirtschaftsaufschwungs zu Beginn des Jahrhunderts, des stetig wachsenden Einflusses der SPD im Parlament und dem Anwachsen des Parteiapparates entwickelte sich eine Bürokratie innerhalb der Arbeiterbewegung, die ein Eigenleben entwickelte und ein Interesse am Fortbestand des

bürgerlichen Staates hatte.

Die Zustimmung zu den Kriegskrediten war nur die letzte Konsequenz der Anbindung an das kapitalistische System.

Diejenigen, welche dem Marxismus auch in schweren Stunden treu blieben wie Rosa Luxemburg waren damals zu wenige, um eine Wende gegen diese Katastrophe herbeiführen zu können.

Die große Sozialistin, die schon Jahre zuvor die Verbürgerlichungstendenzen der SPD-Spitze kritisierte, formulierte angesichts des Weltkrieges die Alternative: Sozialismus oder Barbarei.

Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten und der Unterstützung des Massenmordens hat die Sozialdemokratie europaweit die Ziele der Arbeiterbewegung über Bord geworfen. Die Kriegsgegner paßten bei ihrem Treffen in der Schweiz 1915 in zwei Kutschen. Doch schon 1917 kämpften Hunderttausende von ArbeiterInnen gegen den Krieg, für den Sozialismus, bauten aus dem linken Flügel der Sozialdemokratie neue Massenorganisationen auf und zeigten so den Ausweg aus der Barbarei, an die sich die sozialdemokratischen Führer schon allzusehr gewöhnt hatten.

Hausgeburten und Klinikentbindungen

Volle Technik, kein Risiko?

Die Geburt meiner Tochter vollzog sich streßfrei in einer liebevollen Umgebung. Der Kreißsaal war ein kleiner Raum in gedämpften Tönen, mit einem großen Bett, auf dem der Frau ermöglicht wird, die für sie geeignete Position zu finden.

Alexandra, Köln

Es war beruhigend für mich, „meine“ Hebamme mitbringen zu dürfen. Um in diesem Krankenhaus entbinden zu „dürfen“, muß frau sich mindestens ein halbes Jahr vorher anmelden und es ist trotzdem noch hoffnungslos überlaufen.

Wenn ich andere Frauen frage, wie es bei ihnen war, stellt sich erschreckend oft heraus, daß die Geburten vorzeitig eingeleitet wurden, weil eine Hebamme gleichzeitig zwei Geburten zu betreuen hatte.

Hausgeburten sind in Holland genauso häufig wie Klinikentbindungen, kommen mit erheblicher weniger Kaiserschnitten aus, ein Dammschnitt ist sehr viel seltener nötig als in der Klinik, es werden weniger Schmerzmittel eingesetzt. Wie weit Deutschland von menschenwürdigen Bedingungen entfernt ist, zeigt die Unterversorgung mit Hebammen, die zudem noch skandalös unterbe-

zahlt sind.

Kein höheres Risiko

Schon Mitte der 70er Jahre hat eine englische Medizinstatistikerin zu ihrem eigenen Erstaunen herausgefunden, daß Hausgeburten nicht risikoreicher sind als volltechnisierte Klinikentbindungen. Daraufhin wurde ihr Vertrag von der Uni Nottingham nicht verlängert. 1986 veröffentlichte sie zusammen mit einer holländischen Ärztin eine Studie, die bewies, daß die Sterblichkeitsrate bei nicht-eingreifender Betreuung von Hebammen geringer ist als bei Eingreifen von Ärzten – unabhängig vom vorhergesagten Risiko der Geburt.

Die Herren in weiß antworteten: „... neben dem medizinischen Fortschritt habe doch erst das Zurückdrängen der Hausgeburten Deutschland in der ... Sicherheitsranglisten weltweit auf einen der vordersten Plätze klettern lassen.“ Diese Aussage wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als „untauglich“ zurückgewiesen – denn die Ärzte erwähnen nicht, daß in erster Linie die mangelnden hygienischen Zustände und die Armut bei früheren Hausgeburten die Risikofaktoren waren.

Die Gynäkologen haben sich zu wissenschaftlichen Experten des weiblichen Körpers gemacht und können sehr gut davon leben. Hinter der Ärzteschaft steht – noch gieriger und mächtiger – die Pharma- und Apparateindustrie. Sie gedeiht nach der Formel: Je mehr Einsatz von Technik und Medizin, desto lukrativer das Geschäft. Getreu diesem Grundsatz hat der deutsche Staat uns Frauen mit dem weltweit dichtesten Schwangerschaftsvorsorgetzetz überzogen. Fast automatisch ergibt sich aus dieser Praxis auch die weltweit höchste Rate erklärter Risikoschwangerschaften, die – medizinisch entsprechend betreut – keine geringere Säuglingssterblichkeit bewirkt als in anderen Ländern.

Verfolgung natürlicher Heilkunst

Es lohnt sich, einen kurzen Blick auf die Geschichte der Hebammen zu werfen, um zu verstehen, wie die Frau ihres eigenen Körpers und des Wissens darum beraubt wurde.

Hebammen waren die ersten Ärzte. Sie waren genauso zuständig für Empfängnisverhütung und Abtreibungen wie für Geburten und hatten sich durch ihre Tätigkeit Wissen über den

menschlichen Körper und die Anwendung von Heilkräutern angeeignet. In der Antike galt die Hebamme als hochgeachtete Frau, sie wurde vor Gericht als medizinische Gutachterin tätig. Die Frauen im Mittelalter wählten sich ihre Dorfhebamme, was jedesmal von einem großen Fest begleitet war.

Die späteren Hexenverbrennungen haben dafür gesorgt, daß von diesem Wissensschatz kaum etwas überliefert wurde.

Mit der Entwicklung der Städte tauchten die ersten Buchärzte auf. Das waren Männer, die theoretisches Wissen angehäuft, aber keinen blassen Schimmer von der Praxis hatten. Damit begann die systematische Verdrängung der Hebammen und die Entrechtung der Frau in bezug auf ihren Körper.

● Zu den Universitäten wurden Frauen nicht zugelassen.

● Hebammen wurden des Mordes bezichtigt, wenn – was natürlich immer wieder vorkam – ein Kind die Geburt nicht überlebte

● Kirche und Ärzteschaft verboten jeglich Geburtenregelung, woraufhin 20 Kinder bei einer Frau keine Seltenheit mehr waren und die Knechtung der Frau als Gebärmachine begann

● Hebammen wurden gezwungen, bei schwierigen Geburts-



Die Verfolgung der „Hexen“ diente der Festigung des Patriarchats

verlaufen Ärzte hinzuzuziehen, sich Prüfungen bei Stadtärzten zu unterziehen und dabei all ihr Wissen preiszugeben, woraufhin ihr Beruf kurzerhand verboten wurde

Das Schlimmste aber kam noch. Das 16. und 17. Jahrhundert war das Zeitalter der Hexenverfolgung. Der sogenannte Hexenhammer, verfaßt von den päpstlichen Inquisitoren, stemelte nahezu jede Frau zur Hexe. In manchen Landstrichen wurde die weibliche Bevölkerung fast

ausgerottet. Die Hebammen, die das Wissen der Frauen um Fruchtbarkeit und Geburtenkontrolle und damit das letzte bißchen weibliche Macht hatten, gerieten in den Brennpunkt der päpstlichen Todesschwadronen. Der Hexenhammer legte fest: „Niemand schadet dem katholischen Glauben mehr als die Hebammen ... wenn sich eine Frau anmaßt zu heilen, ohne studiert zu haben, ist sie eine Hexe und muß sterben.“

Rassistische Polizeiübergriffe

Jagd auf Vietnamesen



Viele ehemalige Arbeiter aus Vietnam müssen sich mit Straßenhandel über Wasser halten

„Dort mußten wir uns nackt ausziehen. Dann wurden wir alle weitergeschlagen. Die Beamten, die vorbeigingen, dürfen uns schlagen, was sie auch immer wieder taten.“ So der Bericht eines Vietnamesen aus Berlin.

Cindy, Berlin-Marzahn

Die VietnamesInnen, die einen großen Teil der Asylbewerber in Ostdeutschland und Berlin ausmachen, wurden durch staatliche Abkommen in die ehemalige DDR geholt und dort für stupide Fließbandarbeit eingesetzt. Nach 1989 verloren sie mit der Abwicklung der ostdeutschen Industrie als erste ihre Arbeit.

Ohne Job und festes Bleiberecht leben sie hier, nicht gewollt vom Staat und ohne Aussichten in ihrer Heimat, wo seit der Öffnung für westliches Kapital Arbeitslosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit herrschen.

Ohne Bleiberecht bekommen sie hier keine Arbeit, ohne Arbeit kein Bleiberecht. In dieser aussichtslosen Situation bleibt ihnen meist nichts anderes übrig, als unversteuerte Zigaretten zu verkaufen. Nur mit diesem geringen Gewinn – 2-3 DM pro Stange – können sie existieren und die oftmals 480 DM für ein winziges Zimmer im Ausländer-

wohnheim bezahlen.

Viele leben zu dritt oder viert auf den Zimmern. Das ist verboten und ein Vorwand für unangekündigte und oft brutale Polizeirazzien.

Angst der Opfer

Der Höhepunkt der Diskriminierung sind die Verfolgungen durch die Polizei. Im Juni wurden Berichte über regelrechte Jagden auf vietnamesische Zigarettenverkäufer durch Zivilpolizisten bekannt. Sie wurden auf der Straße und in Polizeirevieren geschlagen, getreten, beraubt und sexuell mißbraucht.

Obwohl diese Übergriffe in einigen Revieren zum Alltag gehören, kam es erst jetzt zu Anzeigen. Die Opfer hatten selbst Angst vor Strafverfolgung wegen ihres Zigarettenhandels.

Denn wenige Dinge interessieren Staat, Regierung und Boulevardpresse so sehr wie die sogenannte „Ausländerkriminalität“. Von staatschädigenden „Milliardeneinbußen“ wird berichtet. Während Typen wie Schneider schon einmal verziehen wird, sind die Vietnamesen nach Ansicht des Staatssekretärs des Inneren, Armin Jäger, ein „Ameisenheer“, welches „Berlin mit Straftaten überzieht“.

Erst die Initiative einer Berli-

ner Beratungsstelle machte es möglich, daß die Vorfälle inzwischen an die Öffentlichkeit gelangten und in Berlin und Brandenburg bisher 27 bzw. 15 Anzeigen erstattet wurden.

Sehr genaue Personenbeschreibungen, Kfz-Nummern und Bereitschaft von deutschen ZeugInnen, auszusagen, hätten schon sehr schnell zu Ermittlungsergebnissen führen müssen, doch wird von staatlicher Seite weiterhin versucht, die Ereignisse abzustreiten und Prozesse zu verhindern.

Berliner Methoden

In Brandenburg wurden die VietnamesInnen allerdings ermutigt, auszusagen. Ihnen wurde Straffreiheit für Bagatelldelikte zugesagt, die Ausländerbe-

auftragte bemühte sich um die Aufklärung der Fälle. In Bernau (nordöstlich von Berlin) kam es durch gefundene Blutspuren auch zu ersten Festnahmen.

In der Stadt der großen Koalition unter dem als rechtskonservativ und ausländerfeindlich eingestellten CDU-Innensenator Heckelmann wurden stattdessen Abschieberazzien gegen mögliche Zeugen und Schnellgerichtsverfahren gegen Zigarettenhändler verstärkt. Zu den Ermittlungen gegen Polizisten wurde behauptet, „es gäbe noch keine konkreten Ergebnisse“. Die Opfer werden dadurch noch mehr eingeschüchert.

Nur wenn sich endlich die Mehrheit der Bevölkerung hinter diese wehr- und mittellose Menschen stellt und die Verantwortlichen zu konsequenter

Aufklärung zwingt, wird es möglich sein zu verhindern, daß die Aufklärungsrate so bleibt wie 1993: Von 80 Anzeigen gegen rassistisches Polizisten haben drei zum Prozeß geführt.

Der Verteidiger forderte dabei das Gericht auf, „es möge doch die Glaubwürdigkeit von kriminellen Asylanten mit der von Staatsbeamten vergleichen.“

antifa notizen

Nur gemurmelt

Die Staatsanwaltschaft Bonn hat ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen sieben Soldaten des Wachbataillons der Bundeswehr eingestellt. Die Zeugen konnten die von den Soldaten in einer Siegburger Straßenbahn gerufenen Parolen „Juden vergasen“ und „Juden verrecken“ keinem der Beschuldigten einwandfrei zuordnen.

Bei einem steht zwar fest, daß er „Juden raus“ und „Ausländer raus“ gesagt hat. Er war aber „stark alkoholisiert“. Und da er diese Worte laut Staatsanwalt-

schaft nur gemurmelt hat, war dies keine Volksverhetzung. Er habe ja nicht einmal gewußt, daß jemand zuhört! Also mal wieder ein guter Tip vom Staatsanwalt für alle Nazis: Immer ne kleine Schnapsfahne und ein bißchen nuscheln und schon kann fröhlich die private Meinungsäußerung losgehen.

Wer zuhört, hat selber schuld und bekommt dafür ein paar Schläge – wie eine Person in der Siegburger Straßenbahn, die allerdings darauf verzichtete, Strafanzeige zu erstatten.

Razzia gegen Antifa (M)

Am Morgen des 5. Juli erlebten Göttinger AntifaschistInnen eine ganz spezielle Art von Weckdienst: Sondereinsatzkommandos der Polizei brachen ihre Türen auf und erstürmten die Wohnungen. Die mutmaßlichen Mitglieder der Antifa (M) wurden bis mittags in ihren Wohnungen festgehalten, ohne das Recht, Freunde oder Familie zu informieren.

Triftige Gründe für diese Überfälle, die am gleichen Tage auch gegen einen Buchladen und die Räume des AStA der Universität Göttingen durchgeführt wurden, konnte die Polizei nicht liefern. Offensichtlich handelte es sich bei dieser Polizeiaktion um einen Einschüchterungsversuch gegen aktive Linke und darum, einen Teil der antifaschistischen Bewegung zu kriminalisieren, um beispiels-

weise eine Bündnisarbeit mit Gewerkschaften in Zukunft zu erschweren.

Zudem lagen für die Durchsuchung im AStA für viele Räume nicht einmal Durchsuchungsbefehle vor. Der Hinweis einiger StudentInnen darauf führte nur zu dem Kommentar „Wissen wir, beschwert Euch doch bei der Polizeileitung“.

Gegen diese Willkürhandlung des Staates erhob sich eine breite Protestbewegung. Bislang dreimal demonstrierte die Antifa gemeinsam mit den örtlichen Gruppen von SPD, DGB, PDS, Grünen und der Bürgerinitiative gegen Rechts.

Auch die frisch gegründete Ortsgruppe von JRE beteiligte sich an diesen Protesten gegen Polizeiterror und den Versuch, die antirassistische Bewegung zu spalten.



Das berühmte Bernauer Polizeirevier

SCHREIBT UNS! Briefe an die Redaktion

„New Deal abgeschlossen“

Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Andreas Matzenauer, PDS-Mitglied aus Troisdorf schrieb einen Beitrag zur Diskussion um Gysis „Inglstädter Manifest“. Wir dokumentieren Ausschnitte daraus, die Gysis Lobpreisung der „New-Deal“-Politik in den USA Mitte der 30er Jahre kritisieren.

„Sowohl Gysi als auch Hahn vermeiden es aber, über die Folgen der Neuaufnahme von Wirtschaftspolitik der dreißiger Jahre unter heutigen ökonomischen Bedingungen nachzudenken. Der „New Deal“ war zwar ein Programm staatlicher Umverteilung des Reichtums. Aber er geschah unter Bedingungen eines noch nicht entwickelten Weltmarktes, in einer Phase des Protektionismus, der geschlossenen Grenzen. Die deutsche Variante des „New Deal“ hieß Autobahnbau, hieß Eindeichungsprojekte, Reichsarbeitsdienst unter dem

Führer und Aufbau der Weltmacht ... In der Wirtschaftstheorie gilt die Phase des „New Deal“ als die Periode staatsmonopolistischer Komplexe. Der „New Deal“ hat niemals auch nur ansatzweise versucht, die Macht der US-Trusts zu brechen.

Heute ist selbst die SPD von „nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik“ nach Keynes abgerückt. Die mittlerweile gigantische Staatsverschuldung verbietet die Finanzierung von Großprojekten bei gleichzeitiger Währungsstabilität.

Keynes ist tot, von sechzig Jahren Weiterentwicklung des Kapitalismus überrollt. Es gibt Konzerne, deren Umsätze das Steueraufkommen von Nationalstaaten bei weitem übertreffen. Das Zinsniveau der internationalen Finanzmärkte hat mehr Einfluß auf Wirtschaftsabläufe als nationalstaatliche Wirtschafts-

politik.

Flexibel nutzen multinationale Konzerne rund um den Globus die jeweiligen Standortvorteile. Der Neoliberalismus der 80er Jahre ist politischer Ausdruck dieser neuen Etappe kapitalistischer Entwicklung im Interesse des transnationalen Kapitals.

Eine zeitgemäße sozialistische Wirtschaftspolitik muß die heutige Verflechtung der Konzerne, die Globalisierung der Märkte einerseits sowie die Verschmelzung staatlicher Regierungsstellen mit Institutionen des Monopolkapitals andererseits in die Überlegungen einbeziehen.

Nichts davon in Gysis Manifest ... Ein erfolgreicher und dauerhafter Bruch mit dem kapitalistischen Profitprinzip, ein wirklicher Übergang zum Sozialismus ist nicht denkbar in den Grenzen eines Nationalstaates wie der BRD, auch nicht in den Grenzen von EU-Europas.

Schon gar nicht ist Sozialismus denkbar alleine durch einen Wahlerfolg der PDS und die Übernahme des Staatsapparates (siehe Lenins Schrift „Staat und Revolution“).

Ein heutiger „New Deal“ könnte national, selbst europaweit nur ein „New Deal“ des Protektionismus und der geschlossenen Grenzen sein, Kapitalflucht und „Investitionsstreiks“ des internationalen Großkapitals – wie erstmals in Frankreich Ende der 70er Jahre – wären die Folge (darauf folgte die arbeiterfeindliche Sparpolitik der „sozialistischen“ Regierung, die Red.). Sollte sich diese national-sozialdemokratische Linie in der PDS durchsetzen, werde ich dazu aufrufen, die FDP zu wählen – als kleineres Übel. Die PDS ist konsequent antikapitalistisch – oder sie ist überflüssig.

Liebe GenossInnen!

Wir SAVler rufen zur Wahl von SPD oder PDS auf. Im Folgenden gebe ich eine Diskussion wider, die in der Lübecker SAV-Gruppe dazu stattgefunden hat. Wir fordern zur Wahl von SPD und PDS auf, im Bewußtsein, daß Wahlen, wie sie auch immer ausfallen mögen, keine grundlegende Änderung der Verhältnisse herbeiführen werden, was nur eine sozialistische Revolution vermag.

Viele Menschen sehen und erleben, was die CDU macht, viele Menschen haben Illusionen in die SPD (und auch die PDS). Wir denken, daß es nötig ist, die SPD an die Macht zu bringen, um den Leuten, die Illusionen in die SPD haben, die Augen zu öffnen, daß es nicht reicht, wenn sich die SPD „sozialer“ gibt, daß sie selbst aktiv werden müssen, z. B. bei der SAV, wenn sich an ihrer Lage etwas zum Besseren wenden soll.

Viele bewußte Linke stößt unsere Forderung, SPD oder PDS zu wählen, ab. Wir müssen dies besser erklären. Tun wir dies

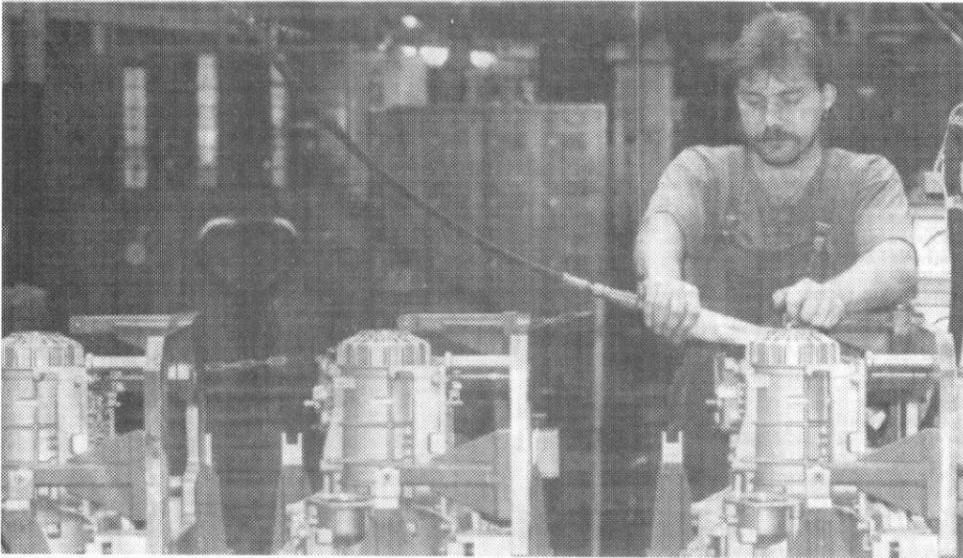
nicht, denken sie, wir meinen, die Scharping-SPD wäre eine wirkliche Alternative.

Wir müssen also Klarheit schaffen und die Lügen aus einigen Kreisen widerlegen, die uns Illusionen in die SPD unterstellen! Warum rufen wir zur Wahl von SPD oder PDS auf? Diese Forderung müssen wir in der Zeitung erklären, wie wir auch betonen müssen, daß Wahlen nichts Entscheidendes in unserem Interesse ändern werden. Das werden wir nur in den Kämpfen in den Betrieben und auf der Straße erreichen!

Eines ist klar: Viele ArbeiterInnen werden ihre Illusionen in die SPD, die PDS und dieses System erst verlieren, wenn sie die Erfahrung am eigenen Leibe machen und merken, daß es keine soziale Marktwirtschaft gibt. Dies wird neue Bewegungen und Klassenkämpfe erzeugen, wird die ArbeiterInnen zwingen zu kämpfen, weil ihnen ihre Interessenvertretung keine SPD- oder auch PDS-Führung abnimmt!

Kim, Lübeck

Baunatal: Erfahrungen mit dem „VW-Modell“



Mehr arbeiten in weniger Zeit

Immer mehr Kollegen sehen, daß die 4-Tage-Woche im Kern Leistungsverdichtung bei Lohnverlust bedeutet.

Bernd und Thorsten, VW Kassel

Bei VW herrscht Chaos. Die Stimmung ist so schlecht wie noch nie. Durch die Einführung der 4-Tage-Woche und ihre Umsetzung durch 150 verschiedene Modelle gibt es keine allgemeine Situation mehr bei VW. Einige Werke von VW haben Personalmangel (Kassel), andere einen „Personalüberhang“ (Emden, Wolfsburg). Einige arbeiten 5 Tage zu den alten Bedingungen und entsprechender Bezahlung. Andere haben noch 7 Tage nachzuholen, weil die Arbeitszeitverkürzung auf 4 Tage nicht ausreichte und nur 3

Tage gearbeitet wurde.

Die 4-Tage-Woche hat eine enorme Flexibilisierung mit sich gebracht. In Kassel werden jetzt Kollegen aus Emden eingesetzt. Auch gibt es eine Spaltung zwischen denen, die 4 oder 5 Tage arbeiten und denen, die Sonderschichten fahren, an Wochenenden arbeiten oder deren freie Tage rollieren.

Der Druck hat allgemein zugenommen und wird über neue Pausenregelungen noch verstärkt: Die Kollegen haben jetzt keine gemeinsame Pause, sondern immer nur einer zur Zeit. Es wird also immer mit einem Kollegen weniger gearbeitet und die Zeit für gemeinsame Entspannung oder Diskussion fehlt.

Dazu kommt Gruppenarbeit mit olympiareifen Teams und die Abwälzung von Verantwort

ung für Produktqualität und Wartung der Maschinen an die Arbeiter. Futuristische Namen wie „KVP“, „ISO 9000“ und „TPM“ bezeichnen diese Leistungsverdichtungsprozesse.

Tarifrunde

Heute wird in 4 Tagen fast genauso viel produziert wie vorher in 5 Tagen. Die Inflation beträgt zwischen drei und vier Prozent. VW hat ein Prozent Lohnerhöhung angeboten. Die IG Metall fordert für die jetzige Tarifrunde einen Ausgleich der Preissteigerungsrate. Es hieß, man wolle die Kollegen nicht mit zu hohen Forderungen und mäßigen Ergebnissen enttäuschen. Rechnet man die Steuer- und Abgabenerhöhungen ein, wären 3 Prozent mehr ein erheblicher Lohnver-

IGM bittet um Ausgleich der Inflation

Angesichts der steigenden Unzufriedenheit bei VW und der Erkenntnis vieler KollegInnen, wie sie durch die 4-Tage-Woche zu billigeren Arbeitskräften gemacht wurden, ist die Art, wie die IGM „Forderungen aufstellt“ – angemessener wäre „bittet“, schlicht peinlich. IGM-Bezirksleiter Jürgen Peters schreibt in den „metall-nachrichten“ für die VW-Beschäftigten:

„... So sehr wir Verständnis dafür haben, daß für die VW-Arbeitgeber der Wettbewerb und der Markt Maßstab aller Dinge sind, so ist für uns Maßstab aller Dinge, daß die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Geld auskommen müssen. Das Angebot von einem Prozent ist ein Baustein in die richtige Richtung, aber nicht ausreichend. Wir wissen, daß VW auch weiterhin mit Problemen zu kämpfen hat. Aber das darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Wir wollen unseren Anteil an dem, was wir erarbeitet haben.“

lust.

Bei einer Vertrauensleuterversammlung kamen Kollegen zu ganz anderen notwendigen Lohnforderungen. Sie errechneten, daß eigentlich 27 Prozent gefordert werden müßten, andere forderten 16 Prozent.

Rechnen tun die aktiven Gewerkschafter bei VW mit einem Abschluß unter 2,5 Prozent – sie kennen den Kampfeswillen der IGM-Spitze. ■

Druck: Enttäuschendes Ergebnis

Nach mehreren Monaten Arbeitskampf haben sich IG Medien und Bundesverband Druck Anfang Juli auf einen neuen Tarifvertrag für die Druckindustrie geeinigt. Das Ergebnis für die KollegInnen ist enttäuschend.

Die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag wurden verschoben, der alte ist wieder in Kraft. Ab Juli 94 und Juli 95 gibt es jeweils 2 Prozent Lohnerhöhung, damit hat auch die IG Medien wieder Reallohnverlust zugelassen. Die 35-Stunden-Woche konnte zwar verteidigt, ein „Arbeitszeitkorridor“ zwar formal verhindert werden, aber der Teufel steckt im Detail. Bis zu zehn Überstunden pro Monat brauchen jetzt nicht mehr mit Überstunden bezahlt, sondern können 1:1 abgebummelt werden.

Der größte Brocken ist die Festschreibung der Friedenspflicht bis Ende 1996. Heute mag dies nicht so schlimm wirken, aber die IG Medien hat sich damit knebeln lassen. Dies drückt aus, daß sich die Führung um Detlef Hensche der Gewerkschaft für die nächsten Jahre nicht mehr zutraut, erfolgreich Arbeitskämpfe zu führen.

68,2 Prozent der KollegInnen haben für dieses Ergebnis gestimmt, doch auch vielen damit Unzufriedenen erschien es nicht möglich, im Nachtrab der 94er Tarifrunde weiterzukämpfen, wenn auch die eigene Gewerkschaftsführung diesen Kompromiß akzeptiert.

Die IG Medien hat zwar schlecht genug abgeschnitten, aber nicht schlechter als im Metall- oder Chemiebereich. Doch die IG Medien-Führung hat immer wieder eine kämpferische Gewerkschaftspolitik eingefordert. Damit haben Hensche und Co. auch eine Verantwortung übernommen. Ihr Rückzieher jetzt, obwohl die Kampfbereitschaft sehr gut war, ihre Scheu, den Konflikt über bestreikte Betriebe hinaus öffentlich auszuweiten, wird viele KollegInnen enttäuschen und zynisch machen, nach dem Motto „Ist doch egal, ob Rappe oder Hensche, bei allen kommt in der Krise nichts heraus“.

Zusammen mit der zweieinhalbjährigen Friedenspflicht könnte dies die Kampfkraft der IG Medien untergraben. Der IG Medien-Vorstand steht im DGB auf dem linken Flügel, geht aber nicht über die Logik der Gewerkschaftsapparate hinaus. Linke Basisaktivisten müssen auch hier mehr Druck machen.



Chemie-Industrie

Die Ruhe ist vorbei

Mit Unterschriftenaktionen und Demonstrationen protestieren die KollegInnen bei Bayer, Höchst und BASF gegen den geplanten Sozialabbau in ihren Betrieben.

Die Manager der großen Drei der Chemischen Industrie haben die Betriebsvereinbarungen über die übertariflichen Leistungen gekündigt, was für die Kollegen nach dem schlechten Tarifabschluss nun mehrere Hundert Mark weniger im Monat bedeuten würde.

Durch die bisherige Gegenwehr der Gewerkschaften konnte bei BASF Ludwigshafen, mit 130 000 MitarbeiterInnen eine der größten Produktionsstätten Europas, bereits die weitgehende Rücknahme der Kürzungspläne erreicht werden.

Bei Höchst in Frankfurt und Bayer Leverkusen wollen die Bosse die Kürzungen trotzdem durchsetzen. In den letzten Jahren war es bei beiden Konzernen zu keinen größeren Arbeitskämpfen gekommen, weil die Unternehmer durch die Herstellung von immer mehr Produkten aus Kunststoff und gestiegenem Verbrauch von Chemikalien und Arzneimitteln Superprofite ein-

streichen konnten. Was sich die Kollegen in anderen Branchen mühsam erkämpfen mußten, wurde in der Chemie-Industrie durch Verhandlungen erreicht. Die KollegInnen sahen daher bis jetzt nicht die Notwendigkeit zu kämpfen und die IG-Chemie-Führung um Kohl-Freund Rappe war selten unter Druck der Basis.

Wer viel hat, will aber stets noch mehr. So wollen die Bosse mit der Kündigung der Betriebsvereinbarungen prüfen, ob sie den Kollegen die übertariflichen Leistungen kampfflos wegnehmen können. Die tausendfache Beteiligung an den bisherigen Aktionen zeigt, daß die Gewerkschaftsbasis kampfbereit ist. Diese Kampfkraft muß voll eingesetzt werden, um die Rücknahme der Kürzungen zu erreichen. Schon ein kurzer Streik der riesigen Belegschaften von Höchst und Bayer würde dazu führen, daß auch in diesen Betrieben die Kündigung der Betriebsvereinbarungen zurückgenommen würde. Der Hauptvorstand der IG Chemie unterstützt und koordiniert die Kämpfe in den Betrieben nicht.

Wie schon in der Tarifrunde und bei der Entlassung von Hun-



Arbeiterproteste vor der Konzernzentrale von Höchst

dertausenden im Chemie-Dreieck bei Halle tut er alles, um Streiks zu verhindern. So wird es wohl nach einiger Zeit des Aufruhrs bei den drei Großbetrieben ausgehen wie schon bei vielen mittleren und kleineren Chemie-Betrieben in den alten Ländern: Die Konzerne werden aus Angst vor den Belegschaften einen Großteil ihrer Forderungen zurücknehmen, die bremsende Gewerkschaftsführung wird einen vollständigen Sieg der Kolleginnen und Kollegen aber verhindern.

Wegen des Niederganges des

Profitsystemes wird es in den nächsten Jahren aber gerade auch bei den Chemie-Konzernen zu immer schärferen Auseinandersetzungen zwischen den ArbeiterInnen und den Kapitalisten kommen. Im Verlauf dieser Kämpfe werden mehr und mehr KollegInnen merken, daß mit dieser Gewerkschaftsführung nicht zu gewinnen ist und eine neue, kämpferische Führung aufgebaut werden muß.

Sigi Buttenmüller, Freiburg, IG-Chemie-Vertrauensmann

Solidarität mit Kollegen in Frankreich

SAV-Mitglieder verteilten vor der Zentrale von Continental in Hannover Flugblätter, um über die Vorfälle bei der Konzerntochter Uniroyal in Compiègne bei Paris zu informieren. Dort hatten die ArbeiterInnen von der Kombination Arbeitsplatzabbau und Überstundenzwang und vom Lohnerhöhungstop seit 1984 (!) endgültig die Nase voll. Sie fordern 500 DM mehr für alle und die Schaffung von Arbeitsplätzen anstatt Überstunden und sind am 22. 6. in den Streik getreten.

Am 30. 6. überfiel eine angeheuerte Schlägertruppe die Streikposten. Sie waren mit Helmen und Eisenstangen ausgerüstet, schlugen mehrere der Streikposten krankhausreif und warfen Tränengasgranaten ins naheliegende Gewerkschaftsbüro. Der Werksleiter besaß die Dreistigkeit zu erklären, daß er das Überfallkommando angeheuert, aber „nur“ eine kräftige Einschüchterung der Streikenden ohne Verletzungen geplant habe.

Die Streikenden fordern die sofortige Entlassung des Werksleiters, auch die Nicht-Streikenden, meist Techniker und Angestellte, haben sich von den Gangstermethoden distanziert.

Mit diesem Überfall auf Streikende werden neue (oder alte aus Mussolinis Italien oder von 1933 bekannte) Methoden zur „Regelung“ von Arbeitskämpfen eingesetzt.

Die Streikenden haben einen Bericht an die die Continental-Konzernzentrale in Hannover und die dortige IG Chemie-Ortsverwaltung geschickt. Wer sich in Compiègne selbst informieren will, kann das dortige Gewerkschaftsbüro anrufen: 00 33-44-40 70 56.

Streiks bei digital

„Mit Schlips und Kragen zur Demo“ so lauteten die Schlagzeilen letztes Jahr über die Streiks bei der Computerfirma digital equipment. Zum ersten Mal zeigten die „Schlipsgesellen“ der Computerindustrie ihre gemeinsame Kampfkraft mit den klassischen Methoden der Arbeiterbewegung. Jetzt stehen die digital-Beschäftigten wieder mit Transparenten vor den Werkstoren.

Die Firma ist nicht im Arbeitgeberverband, ein gültiger Tarifvertrag existierte bis letztes Jahr nicht. Als die Firmenleitung die Aufsplitterung in verschiedene Teile und damit massiven Stellenabbau durchsetzen wollte, gingen die KollegInnen in den Streik und setzten einen Haustarifvertrag samt Sozialplan und ein Rationalisierungsschutzabkommen durch.

In Manier der ostdeutschen Metall-Arbeitgeber wurde diesen erkämpften Verträge im Juni 94 gekündigt. Das US-Management plant den Verkauf von Firmenteilen, Massenentlassungen und die Schließung von Filialien in Deutschland. Konkret bedroht sind die Werke Köln, Bonn und Siegen.

Um das billig zu gestalten, will sich das Management den Sozialplan vom Hals schaffen, der Abfindungen für die KollegInnen vorsieht. Mit der Kündigung des Tarifvertrags ist die Friedenspflicht beendet, die KollegInnen haben mit Warnstreiks angefangen, um die Gültigkeit des Tarifvertrages wieder herzustellen.

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Nr. 163 August / September 1994

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Die Zeitung gegen Kohl und Kapital



Rote Socken gegen kalte Füße

CDU

abwählen!

Linke Mehrheit nutzen

„Warum sollten Arbeitnehmer nicht nach Jahren ohne Urlaub und Wochenende ein halbes oder volles Jahr Urlaub bekommen?“ (Wirtschaftsminister Rexrodt laut *Frankfurter Rundschau*, 18. 7. 94)

Claus Ludwig, Köln

Dem Herrn Minister ist offensichtlich der schwüle Sommer oder Kohls „Wahlsieg“ bei der Europa-Wahl zu Kopf gestiegen. Doch auch wenn Rexrodt's Vorschläge von Irrsinn geprägt sind, zeigen sie, wohin die Reise geht, wenn die Rechten dranbleiben.

Wir sollen in Aufschwungzeiten für

steigende Profite schuften, wie es den Unternehmern gefällt. Wenn es kriselt, sollen wir mit Arbeitslosigkeit und Lohnverzicht das volle Risiko tragen.

Der Zentralkomitee des Kapitals, auch Bundesregierung genannt, muß weg. Die Möglichkeiten dafür sind da. Ob in Sachsen-Anhalt oder bei den Europa-Wahlen: Es gibt eine Mehrheit links von CDU/CSU/FDP und REPs.

Die CDU hat dies gemerkt. In einer Mischung aus Panik vor der Wahlniederlage und überheblicher Arroganz gegenüber den Menschen in Ostdeutschland schlägt sie mit ihrer Kampagne gegen angebliche „Linksfronten“ und

„rote Socken“ um sich.

Eine Partei, deren Rechtsausleger Verbindungen zu Faschisten unterhalten, verteuft die noch gar nicht vorhandene Zusammenarbeit von SPD und PDS. Eine Partei, in der die opportunistischen Blockflöten der Ost-CDU, die immer am besten vor Erich und Co. gebuckelt haben, sicher aufgehoben sind, beschimpft die PDS-Mitglieder als „Alt-Stalinsten“.

Die Hetze der CDU/CSU/FDP wird für Stimmung im Wahlkampf sorgen. Für die Windelweich-Oppositionellen aus der Sozialdemokratie bietet sie ohne eigenes Verschulden eine letzte Chance,

das Ruder herumzureißen und gegen Kohl zu kämpfen.

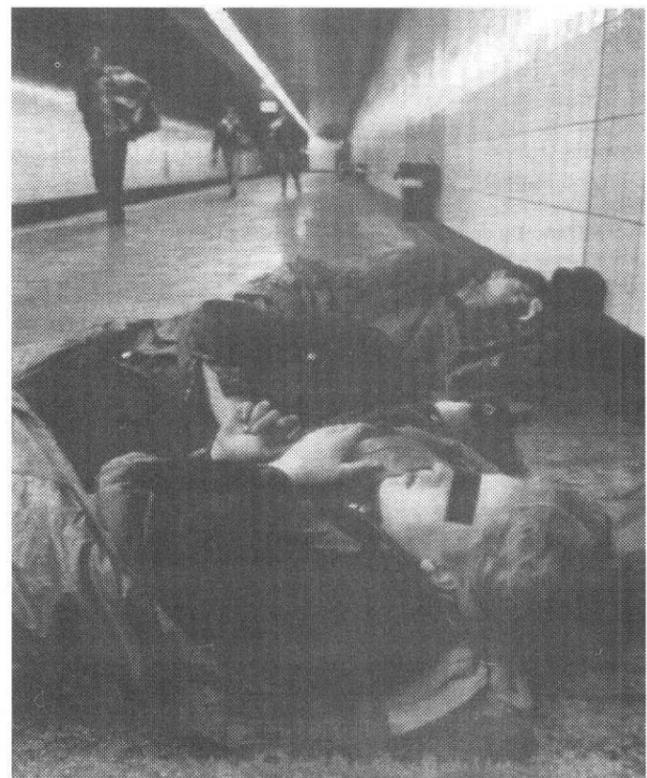
Scharping und die SPD müssen Farbe bekennen: Ziehen sie sich die roten Socken an oder schlüpfen sie zusammen mit den schmutzigen Füßen der CDU in die Marschstiefel der großen Koalition, zum endgültigen Abmarsch nach rechts?

Eine linke Mehrheit muß erkämpft und genutzt werden, um Kohl abzusagen und eine Regierung zu bilden, die Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen durchführt.

(siehe auch Artikel auf Seite 2)

Die SAV fordert:

- ★ Nein zur großen Koalition, ja zur „Linksfront“
- ★ SPD, PDS und Grüne müssen ihre Mehrheit für Politik im Arbeitnehmerinteresse nutzen
- ★ Rücknahme aller Kohlschen Sozialkürzungen
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Verteilung der Arbeit auf alle
- ★ 100 Prozent Westlohn in Ostdeutschland
- ★ Ersatzlose Streichung des Paragraphen 218
- ★ Massive Wohnungsbauprogramme, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Garantierten Kindergarten-Platz für jedes Kind
- ★ Verstaatlichung der Banken und Konzern unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften



Obdachlose Jugendliche in Köln. 180 000 Menschen in Deutschland müssen auf der Straße leben. Immer mehr jüngere Menschen werden obdachlos.

„Regierungsprogramm“ des Kapitals

Stoppt den sozialen Kahlschlag!

Finanzminister Waigel will die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre begrenzen. Arbeitgeberfunktionär Stihl verlangt Kürzungen der Sozialhilfe. Die Armen sollen bezahlen – damit sich „Leistung wieder lohnt“?

Aron Amm, Stuttgart

Die FDP hat sich im letzten Programmwurf selbst als „Partei der Besserverdienenden“ geoutet. Auch CDU und CSU beweisen täglich, daß sie die Parteien des großen Geldes sind. Anfang Juli hat Waigel bestätigt, daß die Kohl-Regierung auch im nächsten Jahr Einsparungen bei sozialen Leistungen plant.

Die Zahlung von Arbeitslosenhilfe soll auf zwei Jahre befristet werden. Nach dieser Regelung bleibt nur noch die Sozialhilfe. Das führt nicht nur zu finanziellen Einbußen, sondern auch zum

Wegfall der Rentenversicherung.

Außerdem wälzt der Bund damit vier Milliarden jährlich auf die Kommunen ab. Da SPD- und CDU-Stadträte den Druck nach unten weitergeben, wird bereits heute an allen Ecken und Enden gestrichen. Selbst Stuttgarts CDU-Oberbürgermeister meinte zu dem Regierungsvorhaben: „Man muß nicht unbedingt experimentell überprüfen, wie es ist, wenn eine Stadt pleite geht.“

Sozialhilfe-Kürzung?

Erst sollen die Arbeitslosen in die Sozialhilfe gezwungen werden, dann soll bei der Sozialhilfe gekürzt werden. Im seinem heimlichen Regierungsprogramm erklärte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Stihl, alle sozialen Leistungen gehörten auf den Prüfstand – bis hin zu

den Renten.

„Die Einschnitte müssen so umfassend sein, daß im Ergebnis jeder davon betroffen sein wird ... Wir brauchen auch wieder die Möglichkeit, geringwertige Arbeit geringer bezahlen zu können ... Entlohnung unterhalb der gültigen Tarifverträge.“

Stihl macht in diesem „Regierungsprogramm“ deutlich, was uns erwartet, wenn Kohl nach dem 16. Oktober Kanzler bleibt. Wir müssen in den nächsten Wochen alles daransetzen, daß diese Regierung in den Ruhestand versetzt wird.

Aber eine SPD-geführte Regierung darf keine Blankovollmacht erhalten. Die SPD-Spitze will sich nicht mit dem Kapital anlegen, sondern hofft auf die „Pferdeapfel-Theorie“: Die Reichen solange mit Profiten füttern, bis hinten auch ein Pferdeapfel für die Arbeiter abfällt.

Also: Erst Kohl in die Wüste oder sonstwohin schicken. Dann einer SPD-geführten Regierung von Anfang an Dampf machen. Wir wollen unsere Stimme nicht „abgeben“, sondern erheben: Gegen Bonzen, Bosse, Banker und Börsenspekulanten. Wir wollen nicht nur Kohl das Handwerk legen, sondern einer Politik, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht.

